

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

122 (28.5.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Mägenzeit kostet 12 Pfennig. Gegenüber dem vorigen und Stielengelasse 8 Pfennig. Die Resten-Mittelmittelzeit 40 Pfennig. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Abdrucks ist, bei geschickter Betreibung und bei Kontants außer Kraft tritt. Erfüllungsort: Karlsruhe. L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreise monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 4,26 Mark, halbjährlich 7,90 Mark, jährlich 14,90 Mark. Durch die Post 2,36 Mark o. Einschreiben auf 10 Pfennig o. Erchein 5 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volksfreund-Blattamt. Durchs. Hauptstr. 8. D.-Baden, Jagdbausstr. 12. Kaffeeh. Hofstr. 2. Offenburg. Republikstr. 9.

Nummer 122

Karlsruhe, Samstag, den 28. Mai 1932

52. Jahrgang

Hambach 1832

Von Otto Ernst Sutter (Wies)

Der Anfang der dreißiger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts läßt sich da und dort in deutschen Landen recht unwohl an. Vor allem auch drüben über dem Rhein, in der Pfalz gärt es. Und ganz besonders im Frühjahr 1832. Was bewegt die Gemüter? Woher gibt es wirtschaftlich zu klagen. Aber man wäre wohl geneigter, sich in den wenig günstigen Stand von Geschäft und Erwerbsleben zu fügen, fühlten viele sich nicht politisch schwer enttäuscht, ja, in wachsender Nähe aufgebracht. Um es kurz zu sagen: Nicht eine der Forderungen ist bis jetzt erfüllt worden, mit denen die Kämpfer aus den Freiheitskriegen heimkehrten. Der Reichsherr vom und zum Stein, ein Jahr zuvor, 1831, dahingegangen, hatte Recht behalten. Den Potentaten und Potentäten erschien die Erhaltung und Vergrößerung ihrer Gebietsanteile viel wichtiger, als die Einigkeit des deutschen Volkes, die Wiedererrichtung eines starken, von Gemeinschaftsgeist getragenen Reiches. Was ist das für eine vorläufige Institution dieser Bundestag zu Frankfurt am Main, wo vor dem Kaiser gewählt und gekrönt wurden! Recht eine Mißgeburt dünkt jeden wirklich freiheitlich Gesinnten dieses Kind des Wiener Kongresses! Wie hätte es doch der im März 1813 im Hauptquartier zu Rastatt beschlossene „Aufruf an die Deutschen“ verheißene? „Deutschland sollte aus dem ureigenen Willen des deutschen Volkes verjüngt, lebenskräftig und in Einheit gehalten wieder unter Europas Völkern erscheinen können.“ Wo blieb die Verjüngung? Wo die Einheit? Vor allem auch rein wirtschaftlich rächt es sich mehr und mehr, daß der Gedanke des Zusammenschlusses aller deutschen Länder zum starken Reiche noch immer nur als Traum erscheint. Gewiss, Anfänge des Zollvereins zeigen sich. Aber

rischen Volksovertretung heimgekehrt, empfängt er Freude, Beifallsjubel und Bürgertreue der Wählerchaft. Jünger als Siebenpfeiffer und Schüler, gründet 1831 der Journalist Johann Georg August Wirth, der mit Jean Paul und Karl Ludwig Sand in Erlangen zur Schule ging, ein eigenes Blatt Die Tribüne, die im pfälzischen Homburg gedruckt wird. Um diese Männer schart sich im Winter 31/32 und während des ihm folgenden Lenzes ein rasch sich verbreitender Kreis von Anhängern, entschlossen, für deutsche Einheit und Freiheit in einer weithin klingenden Kundgebung Zeugnis abzulegen!

So entsteht der Plan des Hambacher Festes. Siebenpfeiffer verfaßt den Aufruf, in dem es heißt: „Alle deutschen Stämme sehen wir am heiligen Kampf zur Abhüttelung innerer und äußerer Gewalt, zur Erstrebung gesetlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde teilnehmen, alle seien darum geladen zu dem großen Bürgerverein, der am Sonntag, 27. Mai auf dem Schloß zu Hambach bei Neustadt am Hardtgebirge stattfinden wird. Eine alte Burg ruine ist dieses Schloß zu Hambach, von der man weithin über die Rheinebene einen unvergleichlichen Fernblick genießt. Die „Feste“ gehörte ehemals den Bischöfen von Speyer. Im Frühjahr 1832 kauften sie Neustädter Bürger für etwas mehr als sechshundert Gulden.

In fatten leuchtenden Farben spielt sich der 27. Mai ab. Die bayerische Regierung hatte versucht, das Fest zu verbieten. Sie muß nachgeben. Ein nach vielen tausenden zählender Zustrom von Gästen und Freunden setzt schon einige Tage vor dem mit Spannung erwarteten Sonntag ein. Viel junges Volk, vor allem Heidelberger Studenten, strömt heran. Ludwig Börne wird am Vorabend ein Fackelzug gebracht. Der

mischung durch unsere eigene Kraft von innen heraus geführt werden, und die Patrioten müssen in dem Augenblick, wo fremde Einmischung stattfindet, die Opposition gegen die inneren Verräter suspendieren und das Gesamtvolk gegen den äußeren Feind zu den Waffen rufen.“

Das Hoch Wirths gilt den „vereinigten Freistaaten Deutschlands“ und dem „konföderierten republikanischen Europa“. Wieder mag solche Lobung nicht von jedem Teilnehmer des Festes gleich stürmisch aufgenommen werden, aber daß man nicht nur selber Nationalität und freiere Luft innerhalb der deutschen Grenzen brauche, sondern auch Ruhe und Verständigungswillen auf dem ganzen Kontinent: In solchem Postulat ist doch die unübersehbar ganze Schaar der festfrohen Versammelten einer Meinung. Ja, man empfindet es deutlich, daß sich nationale mit kosmopolitischen Ideen vermählen möchten.

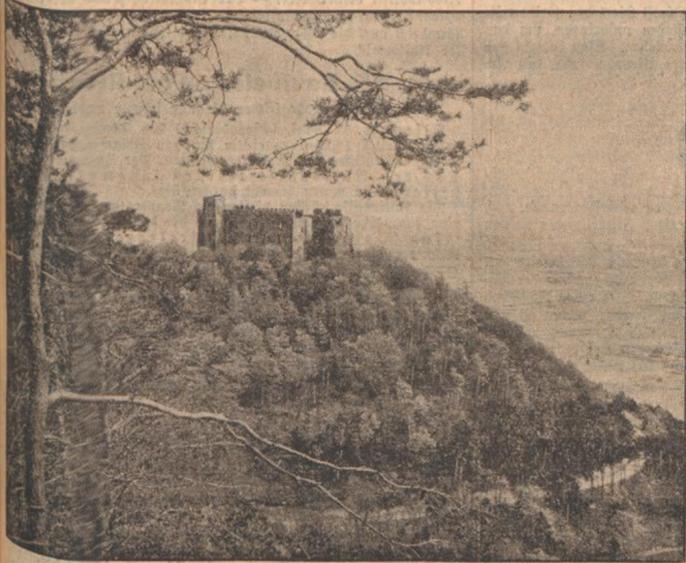
Blitz und Donner flammen und dröhnen durch den sonntäglichen Nachhimmel. Regenschauer stürzen hernieder. Die Festesfreude auf der Hambacher Schloßhalde kümmernt es wenig. Die Reden werden über Mittag unterbrochen. Man tafelt und beherzt unterhalb der Ruine. Viele finden an den Tischen keinen Platz mehr. Fliegende Händler sind ausverkauft, ehe sie Trunk und Brot feilbieten können. Den Nachmittag über halten neue Ansprachen und Adressen aus allen Teilen deutscher Lande, die verlesen werden, die Manifestierenden beklammern. Gegen Abend erst geht es mit Musik und Gesang nach Neustadt zurück, in dessen Gasthäusern bis in den nächsten Tag hinein getanzet wird.

Bürgerliche, biedermeierische Züge beherrschen das Hambacher Fest, abgesehen vor allem Siebenpfeiffer und Wirth revolutionäre Töne anschlagen, die man bisher auf deutschem Boden noch nicht vernahm. Ist es nötig, gegen eine Kundgebung, die im Ganzen doch recht friedlich verläuft und feuchtfrohlich über den Sonntag hinaus noch eine Handvoll von Heißsporne zusammenhält, auf Metternich'sche Art vorzugehen? Man läßt Soldaten kommen, untersucht und fragt an und erreicht doch nur, daß mancher fest galliger das Neue verlangt, der früher verständig von den nötigen Reformen sprach.

Das Hambacher Fest stellt den ersten ungezügelm Ausbruch der Unzufriedenheit mit politischen Anschauungen und Doktrinen dar, die ihre innere und äußere Berechtigung verloren hatten. Auf der Wartburg hatten fünfzehn Jahre zuvor gegen Bedrückung und Despotie Studenten, die Jungen also, sich zu wehren versucht. In der Pfalz, am 27. Mai 1832, waren es Greise und Männer, die aus echtem Einheitsempfinden heraus, unter den alten schwarz-rot-goldenen Farben, zusammen mit jungem Volk „Hoch, drei mal hoch Deutschland!“ riefen. Sie verlangten: Deutsche Einheit, gesichert durch deutsche Freiheit. Und daß jene Hambacher Festteilnehmer daneben auch „Europa“ leben ließen — ja, die dreißiger und vierziger Jahre deutscher Volksbewegung waren nicht nur durchzittert von Geist großer freier Nationalgesinnung, sie verschlossen sich auch nicht gegenüber den Idealen einer Menschheitsverkündigung, die allein — wie man mit Recht immer wieder damals hervorhob — die Gewähr dafür bieten könne, den Nationalstaaten eine friedvolle Entwicklung zu sichern. So ziemt es sich für den deutschen nationalgesinnten Volksfreund wie für den Europäer, dankbar der hoffnungstarken Kundgebung zu gedenken, zu der sich vor hundert Jahren viele der besten deutschen Geister ihrer Zeit auf dem Hambacher Schloß zusammenfanden.

Zur Hundertjahrfeier des Hambacher Festes

Blick auf die Ruine des Schloßes von Hambach (Pfalz), wo vor 100 Jahren, am 27. Mai 1832, eine Kundgebung von 20.000 Patrioten für die Einheit Deutschlands stattfand. Zur Erinnerung an dieses Hambacher Fest, das damals in ganz Deutschland heftigsten Widerhall fand, wird jetzt eine große Gedenkfeier in Hambach veranstaltet.



„deutsche Börne“ soll leben, erhält es. Auch polnische Flüchtlinge nehmen an der Feier teil. Entflohen aus der Heimat, finden sie im Westen ein Asyl. Im Zug nach der Hambacher Schloßhalde hinaus werden die polnischen Farben mitgetragen. „Deutschlands Wiedergeburt!“ wird von einer mächtigen schwarz-rot-goldenen Fahne als leidenschaftliche Aufschrift gefordert. Musik, Gesang, das Grün des Frühlings, Schärpen, Becherklang, alles klingt zusammen zu einem rauschenden Volksfest. Eine lange Reihe von Reden, die fast kein Ende findet. Siebenpfeiffer spricht zuerst. Etwas zu schwülstig und unklar. Wirth ist der Sprecher, der die Linien der Politik fester zeichnet, die es zu verfolgen gelte. Manchem mag er mit dem anklagenden Flug gegen die fürstlichen „Verräter“ zu weit gehen, denen ihre Begehrlichkeit und Herrschsucht den Blick auf die Bedürfnisse des breiten Volkes trübe. Aber ein Aufschrei der Zustimmung zuckt ihm entgegen und setzt sich fort, da Wirth, nachdem er Ziele gewisser französischer Kreise gezeichnet, ausruft: „Selbst die Freiheit darf auf Kosten der Integrität unseres Gebietes nicht verkauft werden; der Kampf um unser Vaterland und unsere Freiheit muß ohne Ein-

Gerüchte über Laujaner Konferenz zurückgewiesen

Wien, 27. Mai. In unterrichteten Kreisen wird das Gerücht, England und Frankreich hätten sich über die Laujaner Konferenz dahingehend geeinigt, daß die Sitzungen nur rein formalen Charakter haben würden, und daß nach Einleitung von Sachverständigenausschüssen die Vertagung der Konferenz beschlossen werden würde, als „völlig unbegründet“ bezeichnet. Es wird bemerkt, daß keinerlei Abmachungen zwischen den beiden Ländern über die Laujaner Konferenz beständen, ganz abgesehen davon, daß augenblicklich gar keine französische Regierung vorhanden sei, mit der eine Vereinbarung von dieser Tragweite auch nur erörtert werden könnte.

Wirbelsaum in Vorderindien — 11 Tote

Bombay, 27. Mai. Durch einen Zolken, der in der Gegend von Salcut eine mehrere hundert Kilometer lange Zone heimsuchte, wurden 11 Personen getötet.

Staat, Papst und Erzbischof

Zur ersten Ernennung des neuen Erzbischofs für die Erzbischöflichkeit Freiburg wird uns geschrieben:

Der neue Erzbischof Dr. Konrad Gräber ist nicht, wie alle seine Vorgänger, vom Domkapitel gewählt, sondern vom Papst ernannt worden. Der Bad. Beob. gibt in seinem Beiratsartikel vom 25. Mai als Grund hierfür an: „Die Ernennung durch Papst Pius XI. erfolgte deshalb, weil die früheren Bestimmungen über die Wahl des Erzbischofs, die mit dem Großherzog bzw. seiner Regierung bei der Errichtung der Erzbischöflichkeit getroffen waren, heute nicht mehr in Kraft sind und daher das Recht der Ernennung gemäß allgemeinen kirchenrechtlichen Bestimmungen an den Papst zurückfiel.“

Diese Ausführungen des Bad. Beob. sind staatsrechtlich und kirchenrechtlich falsch, und zwar in einem derartigen Maße, daß sie hoffentlich recht bald von der Kurie als die unabweisliche Privatmeinung eines über die Rechtslage nicht unterrichteten Redakteurs bezeichnet werden. Sie würden nämlich, wenn sie richtig wären, zu einem für die katholische Kirche höchst unangenehmen Ergebnis führen.

Der Artikel des Bad. Beob. gibt die willkommenen Gelegenheit, die einschlägigen Rechtsfragen einmal kurz darzustellen. Es handelt es sich um folgendes:

Befehlt zur Zeit ein Konkordat zwischen der Republik Baden und dem päpstlichen Stuhle? Hat der Papst das Recht, den Erzbischof zu ernennen?

Die Vorschriften über die Bildung des Erzbistums Freiburg sind über die Bestimmung des Erzbischofs in zwei päpstlichen Bullen (feierliche Erlasse) vom 16. August 1821 und vom 11. April 1867. Diese Bullen sind vom Papste auf Grund mehrerer Verhandlungen mit dem Großherzogtum Baden erlassen worden; ihr Inhalt ist das Ergebnis von Vereinbarungen. Deshalb hat auch der Großherzog durch landesherliche Verordnung vom 16. Oktober 1827 die beiden Bullen im Regierungsblatt „zur Daranachachtung“ beauftragt. Die ganze Staatsrechtswissenschaft ist sich mit den Regierungen und mit der päpstlichen Kurie darüber einig, daß diese beiden Bullen mit der U.S.B.D. zusammen ein Konkordat darstellen, auch wenn es nicht in der sonst üblichen Form des Staatsvertrags abgeschlossen ist. Es besteht also heute noch ein Konkordat zwischen Baden und dem Papst, wenn es nicht inzwischen aufgehoben worden ist.

Ueber die Einlegung des Erzbischofs ist in diesem Konkordat vereinbart: a) Wahl durch das Domkapitel, b) Recht des Staates auf Vorlage der Kandidatenliste und Recht zur Beanstandung der Kandidaten.

Der Erzbischof von Freiburg darf also nach diesen vertraglichen Bestimmungen nicht frei vom Papste ernannt werden; vielmehr besteht ein Rechtsanspruch des Staates und eine Rechtspflicht des Papstes dahin, daß der Erzbischof durch das Domkapitel gewählt wird.

Zu prüfen ist nun die Frage, ob dieses Konkordat von 1827 im ganzen oder mindestens in seinen Bestimmungen über die Erzbischofswahl noch in Kraft ist, oder aufgehoben, wie der Bad. Beob. meint. Gründe für seine Meinung gibt der Bad. Beob. nicht an. Denkbar wären die folgenden Gründe, die zum Teil auch in der Literatur erörtert werden:

Das im Jahre 1917 in Kraft getretene kanonische Recht bestimmt in Sek. 1435, daß der Papst die Erzbischöfe ernannt. Dadurch ist aber die entsprechende Bestimmung des Konkordats, daß der Freiburger Erzbischof zu wählen ist, nicht aufgehoben worden; denn Sek. 1435 des kanonischen Gesetzbuches sagt ausdrücklich, daß trotz dieses Gesetzes die mit Staaten abgeschlossenen Verträge weiter in voller Kraft bleiben. Uebrigens ein selbstverständlicher Völkerrechtsgrundsatz. Ueber der Papst, noch das Land Baden kann durch innerstaatliche Gesetzgebung einseitig Vertragsbestimmungen des Konkordats aufheben.

Auch die Frage, ob durch die Revolution von 1918 und durch den Wegfall des Großherzogtums das mit ihm abgeschlossene Konkordat aufgehoben wurde, ist zu verneinen, wird auch von den katholischen Staatsrechtslehrern verneint. Das Konkordat war mit dem Großherzog als Vertreter der Staatsgewalt geschlossen. Durch die Revolution von 1918 ist die Kontinuität des Staates und des Staatsrechts nicht beeinträchtigt.

Rechtlicher ist die Erörterung der Frage, ob nicht Baden auf seine Rechte aus dem Konkordat verzichtet und damit die Konkordatsvereinbarungen zum Erlöschen gebracht hat?

Bei der Beratung der Badischen Verfassung im Februar 1919 hat der Verfassungsausschuß mit 19 Stimmen bei zwei Enthaltungen unter Zustimmung des damaligen Justizministers Marum, als dem Vertreter der Regierung, seine Meinung dahin ausgesprochen, daß die dem Staat zustehende Beteiligung an der Ernennung des erzbischöflichen Stuhles in Wegfall komme. Gemeint war damit das Recht des Staates, einzelne der Kandidaten als unzulässig abzulehnen. Ueberhaupt nicht die Rede war von

der Tatsache der Wahl durch das Domkapitel. Wenn also ein Verzicht vorläge, was immerhin zweifelhaft ist, so erstreckte er sich überhaupt nicht auf das Wahlrecht, sondern nur auf das Ablehnungsrecht. Vor allen Dingen aber: ein Verzicht ist weder ausdrücklich, noch durch schlüssige Handlungen der Kurie als dem Vertragsgegner erklärt worden. Bei der nächsten Erzbischofswahl 1920 hat deshalb auch entsprechend dem Konkordat das Domkapitel den Erzbischof gewählt. Allerdings hat die Kurie ihn auch von sich aus ernannt, offenbar, weil sie ihren Rechtsstandpunkt wahren wollte.

Jedes Konkordat hat doppelten Charakter: Es ist innerstaatliches Gesetz für die Staatsbürger, und es ist gleichzeitig völkerrechtlich bindender Vertrag; man spricht deshalb auch von der Gesetzeskraft und der Vertragskraft des Badischen Konkordats. Die Vertragskraft des Badischen Konkordats in Bezug auf die Bestimmungen über die Erzbischofswahl ist nie, auch nicht durch den Landtagskommissionsbeschluss von 1919 aufgehoben worden. Sie besteht heute noch zu Recht.

Aber auch, wenn der Staat zugunsten der Kirche auf ein Recht aus dem Konkordat verzichtet, so erwirbt damit die Kurie nicht das Recht, ihre Pflichten aus dem Konkordat für aufgehoben zu erklären.

Schließlich bleibt übrig, zu prüfen, ob durch § 18 der Badischen Verfassung und Artikel 137 Reichsverfassung die Konkordatsbestimmung über die Erzbischofswahl aufgehoben wurde. Auch das ist zu verneinen. Die genannten Verfassungsartikel des Landes und Reichs befehlen, daß die Kirche ihre Angelegenheiten selbständig ordnet, daß sie ihre Ämter ohne „Mitwirkung“ des Staates verleiht. Die herrschende Staatsrechtslehre unter Führung von Anschütz sieht in den vorliegenden Klauseln z. B. des preussischen oder bayerischen Konkordats keine „Mitwirkung“ bei der Amtverleihung. Sie hält vielmehr ein Einpruchsrecht des Staates aus politischen Gründen für vereinbar mit Artikel 137 Reichsverfassung. Katholische Staatsrechtler sind anderer Meinung. Sei dem wie ihm wolle. Auf den Gedanken, die Wahl durch das Domkapitel als Mitwirkung des Staates zu betrachten, wenn sie in einem Konkordat vereinbart wurde, ist bisher noch niemand gekommen. Es bleibt also dabei, daß auch durch § 18 der Badischen Verfassung und Artikel 137 Reichsverfassung das im Konkordat vereinbarte Recht des Domkapitels zur Wahl des Erzbischofs nicht geändert ist; ebenso bleibt und besteht zu Recht die Vertragspflicht der Kurie, den Erzbischof nicht selbständig zu bestellen, sondern durch das Domkapitel wählen zu lassen.

Durch die Ernennung des neuen Erzbischofs ohne Wahl durch das Kapitel hat die Kurie die ihr durch das Konkordat auferlegten Vertragspflichten verletzt. Wenn dies auch in durchaus hässlichen Formen geschehen ist, und wenn auch von der Prüfung dieser Rechtsfrage selbstverständlich die schwerwiegende Periode und Stellung des neuen Erzbischofs in seiner Weise berührt wird, so bleibt doch die Tatsache der einseitigen Vertragsverletzung bestehen. Die Rechte des Papstes aus einem Konkordat sind völkerrechtlich nicht erzwingbar. Die ganze Problematik eines Konkordats wird daher offenbar.

Vor allen Dingen aber: Die Kurie hat durch ihre bemühte Uebergehung einer wichtigen, ihr aber lästigen Bestimmung des Konkordats dem Staat ein für künftige Zeiten geltendes Beispiel gegeben, wie man von unangenehmen Verpflichtungen aus dem Konkordat loskommt! Man denke nur an die Geldleistungen des Staates! Wenn die Kurie ihre Vertragspflichten so leichtsinig behandelt, kann sie sich nicht beklagen, wenn Mächtig einmal der Staat ebenso vorgehen sollte.

Hingehalten auf die Nichterzwingbarkeit der Vertragspflichten der Kurie, wird bei dem Abschluß eines neuen Konkordats der Staat bei der Uebernahme von Pflichten höchst vorsichtig sein müssen. Er wird insbesondere keine Lasten und Pflichten übernehmen dürfen, die ihn vertraglich binden, wo er nur durch die Verfassung gebunden ist; denn dem Staat gegenüber könnte die Erfüllung seiner Vertragspflichten unter Umständen staatsrechtlich und zivilrechtlich erzwungen werden, während seine Gewähr dafür besteht, daß die Kurie ihre Bindungen einhält.

Und wenn gar erst, um zum Ausgangspunkt zurückzuführen, die Aufassung des Bad. Beob. richtig wäre, daß das Konkordat nicht mehr besteht, so würde das für die Kirche sehr viel unangenehmer sein, als für den Staat, der so teurer Vertragspflichten ledig werden könnte. Die Aufassung des Bad. Beob. ist aber falsch. Auch, wenn die Kurie das Konkordat in einem Punkte verletzt hat, so ist damit eine Vernichtung des Vertrags nicht erfolgt.

Der badische Staat und die katholische Kirche haben sich in den letzten 14 Jahren vertragen und beide gut dabei gefahren. Die Kirche insbesondere hat staatsrechtlich Freiheiten im Deutschen Reich und im Lande Baden seit der Revolution erlangt, die sie vorher sich sicher nicht hat träumen lassen. Möge die Kirche dieser Toleranz und Großmütigkeit der Republik und der Demokratie sich stets bewußt bleiben!

Heinrich Hertner †

Im Alter von 69 Jahren ist am Freitag der Berliner Nationalökonom Heinrich Hertner gestorben.

Hertner gehört als Schüler von Knapp und Brentano zu den Professoren der Nationalökonomie, die vom Beginn ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit an durch ihre politische Stellung zur sozialen Reform auch engere Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung gehabt haben. Verhältnismäßig jung wurde Hertner, der als Sohn eines Maschinenfabrikanten in Reichenberg in Böhmen Einblicke in die Praxis der Industriearbeit gewonnen hatte, nach Beendigung seiner Studien zum ordentlichen Professor an die Technische Hochschule in Karlsruhe berufen.

In die Zeit seiner karlsruher Lehrtätigkeit fällt auch die Veröffentlichung seines damals bahnbrechenden Buches über „Die Arbeiterfrage“. Damals, im Jahre 1894, war es für die bürgerliche Wissenschaft noch eine Tat, daß ein Gelehrter in einem Buch über die Arbeiterfrage nicht nur die große Bedeutung der Sozialpolitik für den wirtschaftlichen Fortschritt würdigte, sondern daß er auch der modernen Arbeiterbewegung im Besonderen der Gewerkschaftsbewegung eine gerechte Würdigung zuteil werden ließ. Das Buch, das eine groß angelegte Uebersicht über die Tatsachen und Probleme der modernen Sozialpolitik enthielt, erlebte viele Auflagen von wachsendem Umfang und viele Uebersetzungen in fremde Sprachen. Es war kein Werk, das aus der Geistesrichtung der Arbeiterbewegung selbst stammt, aber ein Werk, das dazu beitrug, weiteren bürgerlichen Kreisen vor allen Dingen Studierenden, den Sinn der modernen Arbeiterbewegung näherzubringen.

Die akademische Laufbahn Hertners hatte über die Universität Zürich und die Technische Hochschule Charlottenburg im Jahre 1913 zum Nachfolger auf den Lehrstuhl Gustav Schmollers an der Universität Berlin geführt und wie der Universität, so war Hertner auch Nachfolger Schmollers im Vorsitz des Vereins für Sozialpolitik, den er von 1917 bis 1929 innehatte. Mit Bedauern müssen wir allerdings feststellen, daß er in der Nachkriegszeit, obwohl fest auf dem demokratisch-republikanischen Boden stehend, für die moderne Ausgestaltung der Sozialpolitik nicht mehr das volle Verständnis gehabt hat.

Hertner ist nie ein Sozialist gewesen. Er hat immer den Kapitalismus als wirtschaftliche Grundlage bejaht. Die Arbeiterbewegung hat mit Bedauern den alten Hertner im letzten Jahrzehnt mit als den Kronzeugen ihrer Gegner aufmarschieren lassen. Aber das hindert uns nicht, das Andenken an den jungen Wortkämpfer der sozialen Reform, das Andenken an den vornehmen Menschen und das Andenken an den akademischen Lehrer, der den neuen deutschen Staat stets bejaht hat, an seinem Grabe zu würdigen.

„Páni Nazi“ in Preußen

Auch hier wird „ausgenordet“

Angeregt durch das Beispiel der Wiener Arbeiterzeitung, die die Wiener Kandidatenliste der Nazis unter die Lupe genommen hat, wird dem Vorwärts ein Aussug aus der nationalsozialistischen Kandidatenliste zu den preussischen Landtagswahlen zugeandt. Bei den folgenden Herren ist die Zugehörigkeit zur nordisch-germanischen Edelrasse schon aus ihrem Namen ersichtlich:

Adamczyk, Adameck, Czarnowski, Cziruick, Gregorzck, Jobski, Kilinski, Krawiellitzki, Krzizek, Krzizok, Kalisch, Mogunia, Opalka, Paltinat, Polack, Pottack, Potesta, Quella, Rebitzki, Respondek, Robra, Rogansch, Russek, Satzki, Slawik, Soika, Sosna, Trzeciak, Wockatz, Woyrach.

Diese Herren haben alle für die Partei kandidiert, die für germanische Rassenkultur schwärmt und die Umordnung des deutschen Volkes betreibt.

Wahlen in Oldenburg

Oldenburg, 27. Mai. (Sta. Draht.) Am Sonntag hat die Bevölkerung des Freistaates Oldenburg wieder einmal einen neuen Landtag zu wählen. Der alte Landtag ist kaum ein Jahr alt geworden, weil Nazis und Kommunisten an ihm keinen rechten Gefallen fanden. So brachten sie einen Volksentscheidungsantrag ein, der zur Auflösung führte.

Der Schritt der Nationalsozialisten wird verständlich, wenn man weiß, daß diese Partei bei den vorjährigen Wahlen auf eine Mehrheit gehofft hatte, jedoch von 48 Kandidaten nur 19 erhielten. Selbst mit den zu allen Spektakeln bereiten Deutschnationalen war keine Mehrheit zu erreichen. Mit Hilfe der 3 kommunistischen Vertreter wurde zwar die seit 9 Jahren im Amte befindliche Beamtenregierung gestürzt, eine Mehrheit für die von den Nazis vorgeschlagenen Ministerkandidaten fand sich aber nicht. Die Folge war, daß die Regierung als Geschäftsministerium weiter im Amte blieb.

Wie überall, so sabotierten auch im Oldenburgischen Landtag die Hitlerianer die Arbeiten. Unanständig und frivol benahmen sie sich insbesondere gegenüber den von der Sozialdemokratie eingebrachten Anträgen sozialen Charakters. Diese angeblichen Kapitalkämpfer erwiesen sich als die geschäftigsten und rücksichtslichsten Gegner der Arbeiterbewegung. Außerdem machten sie in schamlosem Antifemismus. In einem Fall wagten sie sogar einen tätlichen Anariff auf einen Zentrumsaabgeordneten. Ihr Auflösungsantrag wäre ins Wasser gefallen, wenn nicht die kommunistische Fraktion den Nazis zu Hilfe gekommen wäre. Diese Hilfsleistung der Kommunisten hat im Lande Oldenburg, insbesondere bei der Arbeiterbewegung viel böses Blut gemacht. Die Strafe ist auch bereits gesollt: Die Vertrauensmänner der kommunistischen Partei haben alle drei bisherigen Abgeordneten aus dem Landtag entfernt. Keiner wurde wieder aufgestellt.

Der Ausgang der Wahlen ist völlig ungewiß. Die Sozialdemokratie ist zwar seit neun Jahren nicht an der oldenburgischen Regierung beteiligt und hat auch den Arbeitern, Angestellten und Beamten gegenüber ihre Versprechungen eingelöst. Inbesseren acht es den meisten Wählern nicht um die oldenburgischen Belange, sondern um die großen Fragen im Reich. Auf diesen Punkt haben insbesondere auch die Nazis ihre ganze Agitation eingestellt.

Kirchenstreit in Sachsen

Dresden, 27. Mai. (Sta. Draht.) Zwischen der sächsischen Regierung und der evangelisch-lutherischen Landeskirche bestehen seit einiger Zeit Streitigkeiten wegen der Fortschaltung der früheren Verträge an die Kirche. Vor einiger Zeit wurde zwischen den Parteien ein neuer Vertrag geschlossen, dem jedoch der Landtag seine Genehmigung verweigerte, weil er sehr ungünstig für den Staat war. Infolgedessen verweigerte die Kirche den Staat. Auf Anregung des Staatsgerichtshofes ist nunmehr ein vorläufiger Vergleich über beide Teile zustande gekommen, der für den Staat in der Annahme kleinere Erleichterungen vorsieht, später jedoch unter Umständen eine Mehrbelastung bringt.

Der Vergleich wird zunächst dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt werden, es ist jedoch fraglich, ob er ihm angefangen werden kann. Ueberhaupt ist die Sache noch im Entstehen.

Freistaat Baden

Vom Landtag

Der Badische Landtag, der seine Plenarsitzungen am 1. Juni wiederum beginnt, wird sich am Tage vorher mit seiner Gesamtheit nach Mannheim begeben, um an den Eröffnungsfeierlichkeiten der Deutschen Landwirtschafstagsung teilzunehmen. Das Arbeitsprogramm des Landtages steht zunächst die Beratung des Etats des Innenministeriums vor. In der zweiten Junimonat steht im Haushaltsausschuß der Etat des Finanzministeriums zur Beratung, während sich der Rechtsflugschausschuß mit dem neuen Verfassungsgesetz beschäftigt. Ueber die Abänderung der Geschäftsordnung des Landtages wird der Geschäftsordnungsausschuß zusammengetreten.

Roth-Händle (dunkel)
„Hoco“ (hell)
Rival (hell)

2 1/2
Zigaretten

also billig
warum?

weil keine teure Reklame
weil einfache Verpackung
trotzdem
gut, rein, würzig

der Erde
meistgerauchter
Typ!

Freiwilliger Arbeitsdienst

Eine Ergänzungsverordnung des Reichsarbeitsministers
Im Reichs- und Staatsanzeiger wird eine am 6. Juni in Kraft tretende Ergänzungsverordnung des Reichsarbeitsministers über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes veröffentlicht.
Diese Ergänzungsverordnung bestimmt u. a., daß Arbeitsdienstwilligen unter 25 Jahren während des Arbeitsdienstes eine Unterstützung bis zu 2 M täglich aus Reichsmitteln bewilligt werden kann. Diese Unterstützung ist jedoch zu versagen, wenn der Arbeitsdienstwillige nicht hilfsbedürftig ist. Ferner können Arbeitsdienstwillige vom zuständigen Arbeitsamt eine Beihilfe zu den erforderlichen Kosten der Arbeitsausstattung sowie der Reise zum Arbeitsort erhalten.

Der Dewaheim-Prozess

Im Dewaheim-Prozess beschäftigt man sich weiter mit den Bezügen und Entnahmen des Angeklagten Pastor D. Cremer. Der Geschäftsführer der Evangelischen Versicherungszentrale, einer Vermittlungsgesellschaft für Sterbegeldversicherungen, Schlund, bestätigte daß der Angeklagte Pastor D. Cremer als Vorsitzender dieser Gesellschaft ein jährliches Gehalt von 8000 Mark und eine Aufwandsentschädigung von 4000 Mark erhielt. An Autospenden und für die Anschaffung von Wagen seien in 2 1/2 Jahren 60 000 Mark gezahlt worden.
Vorl.: Wie groß war eigentlich das Vermögen der Evangelischen Versicherungszentrale? Zeuge: Das ist nicht genau zu sagen, da jetzt ein Streit mit dem Steuerfiskus besteht wegen der Frage der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft, die vom Finanzamt bestritten wird. Im ungünstigsten Falle beträgt das Vermögen 12 Millionen, der Streitbetrag wegen der Steuer macht 1,6 Millionen Mark aus.
Die Verhandlung gestaltete sich dann recht interessant, als der Besitzer Landgerichtsrat Simon dem Angeklagten Pastor D. Cremer vorhielt,
daß er außer seinen regelmäßigen Bezügen und Autospenden noch in der Zeit vom September 1929 bis Februar 1931 insgesamt 16 800 Mark aus den Mitteln der Versicherungszentrale entnommen habe,
es handele sich dabei um Beträge, die in der Anlage noch nicht enthalten seien. Die Verteidiger des Angeklagten D. Cremer protestierten dagegen, daß man diese Punkte, die der Aufmerksamkeit der Anklage entgangen seien, jetzt zum Gegenstand der Verhandlung mache, so daß es über diese Frage eine recht lebhaft ausgeführte Auseinandersetzung gab. Das Gericht beschloß schließlich nach kurzer Beratung, solche Fragen an Pastor Cremer auszulassen, allerdings sollten diese Tatbestände keine Grundlage für die Urteilsfindung bilden, sondern nur zur Illustration dienen. Aus der Kontroverse zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eichholz war zu entnehmen, daß die Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten Claußen noch eine Nachtragsanklage erheben wird.

Kirchenaustrittsbewegung in Braunschweig

Braunschweig, 25. Mai. (S. P.) Im Lande Braunschweig, wo die „positiven Christen“ seit einhalb Jahren reaktieren, ist die Kirchenaustrittsbewegung fortgesetzt im wachen begriffen. Nach einer Mitteilung der braunschweigischen Regierung sind im Jahre 1930 insgesamt 2783 und im Jahre 1931 weitere 2984, insgesamt also 5767 Personen aus der Kirche ausgetreten.
Ein erhebliches Verdienst daran fällt den nationalsozialistischen Pastoren des Landes Braunschweig zu.

Englands Ostinteresse

London, 27. Mai. (S. P.) Am Freitag hat die englische Öffentlichkeit erfahren, daß Premierminister Macdonald am Mittwochnachmittag von seinem Landaufenthalte in Schottland aus ein Telefongespräch mit Washington geführt hat. Dieses erste Eingreifen des Premierministers in die Staatsgeschäfte nach seiner zweiten Augenoperation wurde von einem Teil der Presse mit der Lauanner Konferenz in Zusammenhang gebracht, über die Macdonald mit seinem amerikanischen Kollegen gesprochen haben soll. Dagegen meldet die Daily Mail aus Amerika, daß die Lage im fernem Osten zwischen China und Japan Gegenstand der telefonischen Unterhaltung gewesen sei. Tatsächlich trifft keine dieser Aussagen zu, sondern man sprach darüber, was mit der Abrüstungskonferenz geschehen soll, die in eine Sackgasse geraten ist, und von der man vor Lauanne in keinem Falle irgend welche Ergebnisse erwarten kann.
Dessen ungeachtet geht das englische Interesse an China unter anderem aus einer neuerdings erfolgten Gründung eines englischen Unternehmens hervor, das öffentliche Arbeiten in China, wie Brücken, Straßen, Bahnen usw. betreiben soll. Vorerst handelt es sich bei dieser Neugründung um eine Art Studiengesellschaft, die Gründer sind jedoch die wichtigsten englischen Baufirmen unter Führung von Dormann u. Lond.

Abrüstungskonferenz und chemische Kampfmittel

Genf, 26. Mai. Die Kommission für chemische Kampfmittel hat beschlossen, alle den Organismen von Menschen, Tieren und Pflanzen schädlichen Stoffe, einerseits, womit sie zur Wirksamkeit gebracht werden, samt den dazu notwendigen Spezialapparaten der qualitativen Abprüfung verfallen zu lassen. Das gleiche gilt von sämtlichen Bakterien, gleich welcher Verwendung und von den Mitteln der Legung von Bränden.

Französische Hingespinnste

SPD. Paris, 27. Mai. (S. P.) Im Zusammenhang mit der Agitation der Nazis in Danzig, der Entschickung des auswärtigen Ausschusses des Reichstags gegen Polen, sowie anlässlich der Meldungen über die beabsichtigte Entsendung des Kreuzers „Schlesien“ nach Danzig, und über den angeblichen Ausbau der ostpreussischen Grenzbesetzung, ist in einem Teil der französischen Presse eine neue Heftkampagne gegen Deutschland eingeleitet worden, die immer größeren Umfang annimmt. Das Signal dazu hat der Matin gegeben, worauf fast alle reaktionären Zeitungen wie Echo de Paris, Journal de Debats, die Liberté und der Sigaro sofort das gleiche Lied angestimmt haben.
Die genannten Zeitungen erklären in ihren Artikeln, daß die deutsche Bevölkerung systematisch gegen Polen aufgehetzt werde, indem man ihr vormache, daß Danzig von Polen bedroht und auf diese Weise eine Stimmung geschaffen werde, die wie in den Jahren vor dem Weltkrieg zu einer neuen Katastrophe, für die Polen die Verantwortung zugeschoben werde, führen würde. Der Matin spricht in einem Artikel sogar von genau festgelegten Plänen der Reichswehr, die das Ziel verfolgen, Polen von Kurland abzulenken, das sich zugleich an der polnischen Grenze und der Mandchurei bedroht fühlt und ein Vorwand für die Wiederanrichtung des alten Deutschlands seien, wenn es gelänge, Polen zu unbedonnenen Taten zu verleiten.

Die Pläne, von denen der Matin spricht, sind Hingespinnste des französischen Blattes.

Nationalsozialist als Bombenfabrikant

furchbares Explosionsunglück - Bei Experimenten schwer verletzt

Zwickau, 26. Mai. (Eigenbericht.) In Zwickau bei Zwickau ereignete sich am Dienstag eine gewaltige Detonation, die auf die Explosion einer provisorisch hergestellten Sprengbombe zurückzuführen ist. Der Hersteller der Bombe ist der Nationalsozialist und ehemalige SA-Mann Trenkmann.
Die Zwickauer Polizei berichtet über das Explosionsunglück wie folgt: „Am Dienstag, kurz vor 14 Uhr, ereignete sich in Zwickau in einer Wohnung des unteren Stadteils ein schweres Explosionsunglück, wobei der 23 Jahre alte Arbeiter T. schwer verletzt wurde. Den ersten Augenblick des Unglücks bot sich bei Betreten der mit Pulverrauch angefüllten Wohnstube ein trauriges Bild. Der bis zur Unkenntlichkeit von Brandwunden und über und über mit Blut bedeckte Schwerverletzte stand bei vollem Bewußtsein vor dem Sofa, wobei er mit der linken Hand den rechten Arm, von dem die Hand vollständig abgerissen war, umfaßte. In seiner Verzweiflung rief er seinen Helfern und Freunden wiederholt zu, doch seinem Leben ein Ende zu machen. Besonders schwere Verletzungen hatte der Verunglückte im Gesicht erlitten. Er wurde sofort in das Stadtkrankenhaus übergeführt.“

Durch die Sprengwirkung wurden die Fenster vollständig zertrümmert; ferner Wände, Tisch, Sofa, Bilder usw. durch die zur Detonation gebrachten Sprengstoffe stark zerlöchert bzw. beschädigt. Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen über die Ursache des Unglücks haben folgende ergeben:
Der Verletzte befand sich kurz vor und während der Explosion ganz allein in der Wohnstube, während sich um diese Zeit in der

nebenan gelegenen Küche nur seine Stiefmutter aufhielt. Die Wirkung einer anderen Person an dem verhängnisvollen Ereignis kommt von vornherein nicht in Frage.
Nach dem am Tatort festgestellten Beweismittel in Form der Kernstücke einer Blechbüchse mit Pulver und einer größeren Anzahl scharfer Pistolenpatronen, Kaliber 7,65 Millimeter, gefüllt und auf diese Weise eine provisorische Sprengbombe hergestellt.
Der Verletzte verweigerte sogar seinen Freunden gegenüber jeden Auskunft über die Ursache des Unglücks. Ebenfalls haben auch die Ermittlungen über die Herkunft der verwendeten Sprengstoffe nach seinem Ergebnis geführt.
Bei der vorgenannten Operation des Verletzten machte sich u. a. die Amputation des rechten Oberarms sowie die Entfernung des rechten Auges notwendig.“

Soweit der Polizeibericht. Dieser überaus bedauerliche Unfall läßt, so erklärt dazu der Borwärter, mit aller Sicherheit darauf schließen, daß in den Reihen der Nationalsozialisten verheerete und bürgerkriegswürdige junge Menschen sich weitgehend mit der Anfertigung derartiger Nordwesten beschäftigt haben. Es wäre interessant, festzustellen, wo die Munition zu suchen sind, aus denen das Sprengmaterial an die Nationalsozialisten geliefert wird. Von der Staatsanwaltschaft verlangt die Öffentlichkeit — und das liegt nicht zuletzt im Interesse der Staatssicherheit — eine eingehende Untersuchung dieser Angelegenheit!

Painlevés Reparationsplan

Ein neues Moratorium zwecks Ausarbeitung eines Plans u. Verständigung mit Amerika

Paris, 27. Mai. (S. P.) Painlevé, der voraussichtlich der kommenden Regierung angehören wird, hat in einer Unterredung mit einem Vertreter des Paris Wibi einen neuen Vorschlag für die Regelung des Reparations- und Schuldendebittes gemacht.
Painlevé erklärte: „Ich habe schon 1922 in einer Rede darauf hingewiesen, daß man wohl oder übel

alle Artesschulden in dem normalen Spiel der Kräfte ausgleichen müßte. Ich halte natürlich an dem geheiligten Recht Frankreichs auf die Reparationen fest, aber ich bin davon überzeugt, daß man sie nicht aufhebt, noch ihren Wert vermindert, wenn man sie zu der Grundlage eines unvollständigen europäischen Liquidationsplanes macht.“

Ich stelle mir eine Kompensationsklasse vor, der die europäischen Staaten ohne jeden Zwang ihre Liquidationsansprüche übergeben würden. Unsere Titel würden auf diese Weise einer Gelamtregelung einverleibt werden, bei der Arrangements wirtschaftlicher Art Rechnungen ausgleichen könnten, die zur Zeit nicht bezahlt werden können. Man müßte sich bemühen, an die Stelle der Tributauflage, die in Deutschland so furchtbare Reaktionen hervorgerufen hat, die Kompensationsaufstellung zu setzen. Selbstverständlich müßte allen Zahlungsmitteln und Ausgleichsmöglichkeiten Rechnung getragen werden, an denen es in einem Lande, wie Deutschland nicht fehlt. Auf der Lauanner Konferenz müßte

ein neues Moratorium, z. B. bis Ende 1932, vereinbart werden, um Zeit für die Ausarbeitung des Planes zu gewinnen.
Selbstverständlich wünsche ich, daß dieses Projekt einer „Ausgleichs-klasse des Friedens“ nicht ohne Gegenseicherung Amerikas verwirklicht wird. Nachdem der Plan für Europa fertiggestellt ist, müßte man ihn

den Vereinigten Staaten unterbreiten und ihnen sagen: „Ihr habt uns aufgefordert, uns untereinander zu einigen. Das ist geschehen. Euch fällt jetzt die Aufgabe zu,

unsern Pakt zu befestigen und der Welt die Möglichkeit zur Wiederanerkennung zu geben oder die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß alles vernichtet wird.“

Kenaudel bereit zur Regierungsbeteiligung

Paris, 27. Mai. (S. P.) Der sozialistische Abgeordnete Kenaudel hat sich dem Berichterstatter des Paris Soz. Kongresses über für die Beteiligung der Sozialisten an einer nach den Habitualen gebildeten Regierung ausgesprochen, weil nach seiner Ansicht eine solche Zusammenarbeit die soziale Folge des zum Zeitpunkt erregenen Wahlkampfes ist. Eine derartige Vorkonferenz, so erklärte Kenaudel, müßte natürlich eine Politik des sozialen Fortschritts und der finanziellen Strenge befolgen. Die von den Sozialisten zu stellenden Bedingungen müßten hauptsächlich auf augenblickliche Probleme bestehen. Ein neuer Krieg würde das Ende Europas bedeuten. Vor 1914 haben man einen bewaffneten Frieden gehabt, jetzt müßte man einen bewaffneten Frieden durchführen. Die Initiative Frankreichs für eine solche Politik werde wesentlich dazu beitragen.

Französische Anleihe an Polen

Paris, 27. Mai. (S. P.) Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die Meldungen über angebliche Verhandlungen über eine polnische Anleihe jeder Begründung entbehren. Die einstige im Gange befindliche Operation bezieht sich auf finanzielle Geschäfte einer französischen Gesellschaft, die eine Eisenbahnlinie in Polen baut.
Dieses Dementi stellt im Grunde genommen eine Bestätigung der Meldung über polnische Anleiheverhandlungen dar. Die Verbindung zwischen polnisch Oberirdischen und Obigen — ist ein Schneefeld, der der polnischen Regierung eine entsprechende Konzeptionsgebühr zahlen muß. Infolgedessen dient der Schneefeldkonzern als Anleihevermittler.

RTS. Paris, 27. Mai. Nach einer Verordnung des Landwirtschaftsministeriums ist das Einfuhrverbot für aus Deutschland kommende Kinder und Schafe wieder in Kraft gesetzt worden.

Empfehlenswerte

Firmen der Weststadt

Beachtet diese Inserate

<p>Farben, Lacke Tapeten gut und preiswert im Farbenhaus Weststadt Körnerstr. 42, Ecke Solfenstraße Telefon 3316</p>	<p>Bade-Anzüge -Hosen -Mützen -Mäntel -Schuhe bei Emil Scherer Nelkenstraße 33 am Gutenbergplatz 5% Rabatt</p>	<p>Paul Henn Bäckerei u. Konditorei / Herderstr. Bekannt für Qualitäts-Brotwaren Spezial: Schwäbisches Hausbrot</p>	<p>Schuh-Reparaturen rasch, gut und billig Otto Nold, Weltjensstr. 4 (Hof)</p>
<p>Hermann Hagenauer Mehlgerei Schillersstraße 16 Telefon 3570</p>	<p>Gustav Sack Uhlstraße 34 Telefon 2817 Fabrikation feiner Fleisch- und Wurstwaren</p>	<p>W. Neumeier Bäckerei und Konditorei Goethestraße 31</p>	<p>Feinschleierei G. Arheide Schellstraße 60 Sämtliche Schuhreparaturen gut / schnell / billig Verarbeitung von nur deutschem Elchenleder</p>
<p>Karl Bösch Drogerie Körnerstraße 26 Telefon 3013</p>	<p>Weststädter, oh groß, oh klein Kauft bei Lenz den guten Wein vom Uhlstraße 35 Rhein</p>	<p>Friedrich Steiger Yorkstraße 34 Telefon 2814 empfiehlt seine ff. Fleisch- und Wurstwaren</p>	<p>Trotz der Zeit der Bargeldnot ist man nicht nur trocken Brot. Denn man hört es allgemein „Fleisch und Wurst soll billig sein“ Friedrich Krieger Metzgerei, Douglassstraße 9</p>
<p>Christian Wolf Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren Ecke Goethe- und Körnerstraße</p>	<p>S. Ruf Yorkstraße 24 Telefon 2296 Brot- u. Feinbäckerei. Spez.: Zwieback</p>	<p>W. Längin Körnerstr. 74 Lebensmittel, Feinfrucht</p>	<p>Friedr. Chr. Kietel Douglassstr. 6, Tel. 2544 (40 Jahre bestehend) empfiehlt Kohlen / Koks / Briketts / Holz</p>
<p>Adolf Stübs Magazin für Küche und Haus Gutenbergplatz 29</p>	<p>Wir werben durch Qualität</p>	<p>Robert Schwab Körnerstr. 109 Fernruf 1067 Fahrräder, Motorräder, Auto-Reparaturwerkstätte Ladestation für Auto- u. Radio-Batterien</p>	
<p>Sie ist Ihr Schuhwerk elegant Wenn's der Fachmann neu instand Sehr billig repariert im Nu Wenningen-Damen-Herren-Kinderchuh Chr. Wenninger Schuhmachermeister, Lessingsstraße 12</p>			

Nazidemagogie

Die Entlarvung der Nazis durch ihre Freunde

Stuttgart, 27. Mai. (Eig. Meldung.) Die Unaufrichtigkeit des Verhaltens der Nationalsozialisten bei den Verhandlungen mit den anderen Parteien über die Bildung einer gemeinsamen Regierung wird jetzt auch von den Parteien immer deutlicher erkannt, die sich anfänglich am stärksten für ihre Heranziehung zur Minderantwortung eingesetzt haben. So veröffentlicht heute das Blatt des **Württembergischen Bauernbundes** einen Artikel aus der Feder des Abg. Dr. Böder, der die „übertriebenen“ Machtanprüche der Nationalsozialisten mit Entschiedenheit zurückweist. Darin wird zunächst festgestellt, daß alle an den Verhandlungen beteiligten Parteien bereit waren, mit den Nationalsozialisten zusammen eine Regierung zu bilden. Von keiner einzigen Partei ist also eine grundsätzliche Ablehnung ausgesprochen, von keiner also sind die Nationalsozialisten zum Eintritt in eine gemeinsame Regierung gezwungen worden.

Dann spricht der Artikel über die sachlichen Forderungen der Nationalsozialisten durch, auf deren beschleunigte Durchführung sie Wert legen, und stellt fest, daß sie, abgesehen von der ganz allgemeinen Forderung einer Vereinfachung des Verwaltungsapparats, auf dem Gebiet der Wirtschaft und Finanzpolitik liegen, wie weitgehender Schutz der Landwirtschaft, Förderung des heimischen Arbeitsdienstes, Einführung einer Warenzölle, und schließlich. Daher kommt er ganz folgerichtig zur Stellung folgender Frage:

„Wenn man die Forderungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei der Reihe nach überblickt, so gehören diese Aufgaben der Wehrmacht nach in den Bereich des Finanzministeriums und des Wirtschaftsministeriums. Wenn die Nationalsozialisten diese For-

derungen aufstellt haben — und das kann man nicht bestreiten —, warum haben sie dann nicht die Ministerien gefordert, wo eben diese Fragen zu behandeln sind? In deren Bereich diese Fragen gehören? Mit dem Innenministerium haben diese Dinge gar nichts zu tun. Da stimmt also irgendwo nicht... Ausklüfte, etwa der Art, daß diese Ministerien ja in bewährten Händen seien, können wir nicht gelten lassen. Was hätte denn dann die Kritik der Nationalsozialisten im Wahlkampf für eine Bedeutung gehabt?“

Und so kommt der Artikel zuletzt zu folgender Zusammenfassung des Tatbestandes:

„Niemand hat sich geweigert, die Nationalsozialisten auch in Württemberg an die Macht zu lassen. Niemand hat ihnen, die sie die sogenannten Forderungen aufstellen, das Wirtschafts- und das Finanzministerium verweigert. Aber auf diese Ministerien setzen sie keinen Wert. Diese immerhin recht wenig angenehmen Ministerien hätte man gern den übrigen Koalitionsparteien überlassen. Die Machtanprüche der nationalsozialistischen Arbeiterpartei sind übertrieben. Auch wenn diese Partei 23 Abgeordnete unter 80 hat, kann sie, wenn sie an die Macht will, nicht diktieren, sondern sie muß sich verständigen und verhandeln. Wir glauben jedoch gar nicht an den Ernst der Machtergreifung, den Nationalsozialisten ist es viel gelegener, in der Opposition zu sein.“

Das aber ist des Pudels Kern! Die Sozialdemokratie ist sich von Anfang an darüber im Klaren gewesen, daß mit den Nationalsozialisten keine gemeinsame sachliche Arbeit geleistet und überhaupt keine Grundlage für eine Verständigung geschaffen werden kann.

Aus der Stadt Durlach

Arbeiterwohlfahrt

Vertikale Kindererholungsfürsorge auf dem Turmberg

Wir möchten auch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß die Arbeiterwohlfahrt auch dieses Jahr wieder vom 1. August bis 3. September, während den Schulferien eine fünfwochenlangige Kindererholungsfürsorge auf dem Turmberg durchführt. Aufgenommen werden Kinder, welche vom Schularzt untersucht und als erholungsbedürftig festgestellt worden sind. Anmeldungen werden jeden Mittwoch mittags von 3 bis 5 Uhr im Handarbeitsaal der Lessingschule entgegen genommen. Das schulärztliche Zeugnis ist bei der Anmeldung vorzulegen.

Zur Finanzierung ist auch dieses Jahr wieder ein kleiner Kostenbeitrag der Eltern notwendig, welcher möglichst bei Beginn der Erholungsfürsorge einbezahlt sein soll. Teilbeträge werden daher jetzt schon allmählich entgegen genommen. Wir bitten die Eltern von dieser Einrichtung Gebrauch machen zu wollen. Anfragen und Auskunft wird jederzeit von unserem Vorsitzenden Gen. S e h e l, Auerstraße 41, erteilt.

Naturtheater. Sonntag, den 29. Mai, wird der Schwank: „Eine tolle Brautnacht“, der bei der Erstaufführung einen durchschlagenden Erfolg erzielte, wiederholt. Anfang 4 Uhr. In Vorbereitung das Singspiel: „Unter der blühenden Linde“.

Um Hitlers Hotelrechnung

Berlin, 27. Mai. (Eig. Draht.) Vor der Zivilkammer des Berliner Landgerichts I wurde am Freitag die Unterlassungsklage der Welt am Montag gegen Adolf Hitler verhandelt. Die Klage richtete sich gegen Hitler, ferner gegen den Nazi-Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels und den Herausgeber eines Flugblattes und geht dahin, daß unterlassen wird, die Behauptung als Tatsache zu behaupten, die die Welt am Montag über die Hotelrechnung Hitlers bei seinem Aufenthalt in Berlin aufgestellt hat.

Der Vertreter der Klägerin, Rechtsanwalt Pröll, erklärte, die Welt am Montag habe eine Rechnung des Hotels Kaiserhof in Berlin veröffentlicht, aus der hervorgehe, daß Hitler mit seinem Begleiter am 24. und 25. März für 12 Zimmer und Verpflegung in zehn Tagen bezahlt habe. Daran sei die Glosse geknüpft worden, daß Hitler, wie der Führer einer Partei, die Sparlosigkeit in allen öffentlichen Dingen auf ihr Programm gesetzt habe, selbst eine verhältnismäßig hohen Aufwand treibe. Die Veröffentlichung sei von der nationalsozialistischen Presse demontiert und die Klägerin als Lügnerin bezeichnet worden. Er, der Anwalt, habe Beweis dafür angetreten, daß tatsächlich Hitler mit seinem Stab in der angegebenen Zeit in Kurzsammern und nicht im 4. Stock gewohnt habe. Er habe außerdem Zeugnisse, die die Unterlassung der Veröffentlichung der Rechnung betrafen, beibringen können. Daß Hitler einen derartigen hohen Betrag für sich selbst veranschlagt habe, sei von der Welt am Montag nie behauptet worden. Adolf Hitler habe zwar in einer eidesstattlichen Versicherung erklart, er habe wegen der Behauptung der Welt am Montag keine Klage erhoben. Diese Klage sei aber tatsächlich niemals eingereicht worden. Darum habe die Welt am Montag über Hitler verlastet, damit die Angelegenheit durch die ordentlichen Gerichte geklärt werde.

Rechtsanwalt Zandorf, der Vertreter der Beklagten, bestritt zunächst die Volllegitimation von Hitler und Goebbels, die keine rechtswirksamen Schriftstücke seien. Von der Glosse werde jetzt in gewisser Distanz gesprochen. Man sage jetzt nicht mehr, daß die Rechnung echt sei, sondern man sage nur noch, die Beträge seien richtig. Tatsächlich sei das Rechnungsformular aus dem Hotelgebot abgeschrieben worden. Der Vorwurf der Fälschung sei also mit nicht erhoben worden. Wenn Hitler mit seinem engsten Stab eine derartige Höhe gemacht habe, dann müßte er „astreinen und gelieferten“ haben. Bei den Beklagten liege die Wahrnehmung berechtigter Interessen vor und die Klage sei daher abzuweisen.

Der Vorsitzende verurteilte dann auf Antrag der beiden Parteien den Prozeß, am Gelegenheit zu weiterer schriftlicher Stellungnahme zu geben.

Dieser Kongreß wird durch Sachverständige die politische und wirtschaftliche Lage Europas nach den Konferenzen von Lausanne und Ottawa drücken, um Vorschläge zur Verbesserung der europäischen Krise zu unterbreiten.

Schwarzhörer

Wegen der Errichtung und des Betriebs nichtgenehmigter Funkanlagen sind in Deutschland in den Monaten Januar bis März 1932 insgesamt 231 Personen rechtskräftig verurteilt worden, gegenüber 288 Personen im gleichen Zeitraum des Vorjahres und 264 Personen im Vierteljahr Oktober bis Dezember 1931. Zum Teil wurde auf empfindliche Geldstrafen erkannt. In zwei Fällen erlitten die Täter 1 Monat Gefängnis. Unter den Verurteilten befinden sich neun Personen, die wegen Beihilfe oder Mittäterschaft bestraft worden sind.

Gewerkschaftliches

Kutab gegen weitere Belastung

Die im **WV-Bund** vereinigten Behördenangestelltenverbände — Kutab, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeisterverband, Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten und Gewerkschaft der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs — haben angelehnt der schon durch die Anordnungen eingetretene übermäßige Minderung der Einkommen der Behördenangestellten in Reich, Ländern und Gemeinden gegen eine weitere Belastung in dringenden Eingaben an den Reichsanwalt und Reichsfinanzminister Protest erhoben. Für die Masse der Behördenangestellten ist die wirtschaftliche Lage heute schon eine solche, daß sie eine weitere Belastung nicht mehr erträgt. Die Einführung neuer irgendwie gearteter Steuern würden sie als unzumutbar empfinden, als zum gleichen Zeitpunkt eine steuerliche Entlastung für Volk und Vermögen eingetreten ist.

Gemeindepolitik

Um die Löhne der Gemeindegewerkschaften wird ein stiller, aber zäher Kampf geführt. Das neue Selbst der Zeitgeist die Gemeinde bringt einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung und den Stand des Kampfes. Das Selbst 10 hat auch sonst eine Anzahl materialreicher Aufsätze: Der Streit um die Gültigkeit des neuen preussischen Polizeiverwaltungsgesetzes; wichtigen Neuerungen im neuen pr. Dienstrecht, sowie die Aufgaben der Jugendämter in der heutigen Zeit werden von Fachleuten behandelt. Eine glänzende Materialzusammenstellung ist der Aufsatz über die Tarifgestaltung beim **MVC**. Kommunalwirtschaftlich wichtige ist der Angriff der Schwereindustrie, der sich unter dem harmlosen Vorwand der Bewerksstimmung zu dem Umschuldungs- und Entschuldungsproblem verhält. Die Gemeinde darf die finanziellen Klänge auf eine Fülle von Material, Verhandlungen, Berichten, Beispielen, Anleitungen und Rechtsauskünften findet sich in der kommunalen Rundschau in übersichtlicher Art für die Praktiker in Stadt- und Landgemeinden zusammengestellt. Jeder Kommunalpolitiker besitzt die Gemeinde und befreit sie für 3,4 vierteljährlich bei der Post, der Volksbuchhandlung oder beim Verlag J. S. W. Dies Koch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 28. Mai bis 5. Juni 1932:

Im Landestheater: Samstag, 28. Mai, Auber: Die drei Mäusetiere. Sonntag, 29. Mai, Auber: Die drei Mäusetiere. Montag, 30. Mai, Der Himmelskron. Dienstag, 31. Mai, Die drei Mäusetiere. Mittwoch, 1. Juni, Die drei Mäusetiere. Donnerstag, 2. Juni, Die drei Mäusetiere. Freitag, 3. Juni, Die drei Mäusetiere. Samstag, 4. Juni, Die drei Mäusetiere. Sonntag, 5. Juni, Die drei Mäusetiere.

Im Sächsischen Konservatorium: Sonntag, 29. Mai: Keine Vorstellung. Sonntag, 5. Juni: Keine Vorstellung.

Redaktionsrat: Georg Schilling, Vorsitzender, Volkmann, Freilicht, Baden, Volkswirtschaft, Generaldirektor, Sozialer, Revisor, Aus der Welt, Die Welt der Frau, Verge, Kadrioten, S. G. r. a. n. e. b. a. u. m.; Groß, Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtsberatung, Karlsruhe, Umordnung, Sozialistisches Rundpost, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Ausklüfte, J. S. W. Verlag, Verantwortlich für den Anzeigenteil: G. H. A. R. D. E. R. Verantwortlich in Karlsruhe:

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmaligem Nutzen mit der bereits erfahrend schmeckenden „Chlorodont Zahnpasta“, besteht ein Hauch, Tube 50 Pf. u. 80 Pf. Versuch überzeugt.

RUNDFUNK

Sonntag, 29. Mai: 6.15 Uhr: Bremer Hafenkonzert. 8 Uhr: Gymnastik. 8.30 Uhr: Orgelkonzert. 10.40 Uhr: Eb. Morgenfeier. 11.30 Uhr: Job. Seb. Bach. 12 Uhr: Fest-Mt. 40jähr. Bestehen des Arbeiter-Sängerbundes des Gauß Baden. 13 Uhr: Deutsche Clubmeisterchaft. 13.20 Uhr: Dajob. 14 Uhr: Stunde des Landwirts. 14.30 Uhr: Stunde des Chorregens. 15 Uhr: Stunde der Jugend. 16 Uhr: Militär-Konzert. 18 Uhr: Autoreinfunde. 18.25 Uhr: Verfallene Kinder aus alter Zeit. 18.50 Uhr: Sportbericht. 19.10 Uhr: Eine Spinnwebengeschichte aus Welfen. 19.30 Uhr: Das Zagreber Streichquartett spielt. 20.30 Uhr: Happy End. 21.40 Uhr: Unterhaltungskonzert. 22.30 Uhr: Sportbericht. 22.45 Uhr: Die Weinträub spielen.

Montag, 30. Mai: 6 Uhr: Gymnastik. 7.30 Uhr: Frühkonzert. 10.30 Uhr: Fr. Bettmann spielt Orgel. 12 Uhr: Mittagskonzert. 13 Uhr: Mittagskonzert. 16 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.25 Uhr: Cyprien. 19.30 Uhr: Kammeroper. 22.35 Uhr: Schachklub. 23 Uhr: Nachtmusik.

Dienstag, 31. Mai: 6 Uhr: Gymnastik. 7.30 Uhr: Brunnkonzert. 10 Uhr: Aus deutsch-romantischen Opern. 10.30 Uhr: Keuere Klaviermusik. 12 Uhr: Frühkonzert. 13 Uhr: Mittagskonzert. 16 Uhr: Symphonie. 16.30 Uhr: Frauenfunde. 17 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.25 Uhr: Schababüchlein im klassischen Volksmund. 18.50 Uhr: Rundfunk in aller Welt. 19.30 Uhr: Stagerat-Gedächtnisfunde. 20 Uhr: Konste auf den Tod. 20.30 Uhr: Kleider machen Leute. 21.50 Uhr: Die Weileringer von Nürnberg.

Mittwoch, 1. Juni: 6 Uhr: Gymnastik. 7.30 Uhr: Brunnkonzert. 10 Uhr: Frühkonzert. 12 Uhr: Mittagskonzert. 13 Uhr: Mittagskonzert. 16 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.25 Uhr: Charakter und Eigenart der Pfalz und Pfälzer. 18.50 Uhr: Die Wirtshaus in Giesh-Rohrbrunn nach dem Krieg. II. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Klassische Monologe. 21 Uhr: Orchesterkonzert. 22.30 Uhr: Heidericht. 23.30 Uhr: Sängerkonzert.

Donnerstag, 2. Juni: 6.30 Uhr: Gymnastik. 7.30 Uhr: Frühkonzert. 10 Uhr: Frühkonzert. 12 Uhr: Mittagskonzert. 13 Uhr: Mittagskonzert. 16 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.25 Uhr: Charakter und Eigenart der Pfalz und Pfälzer. 18.50 Uhr: Die Wirtshaus in Giesh-Rohrbrunn nach dem Krieg. II. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Klassische Monologe. 21 Uhr: Orchesterkonzert. 22.30 Uhr: Heidericht. 23.30 Uhr: Sängerkonzert.

Freitag, 3. Juni: 6 Uhr: Gymnastik. 7.30 Uhr: Frühkonzert. 10 Uhr: Frühkonzert. 12 Uhr: Mittagskonzert. 13 Uhr: Mittagskonzert. 16 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.25 Uhr: Charakter und Eigenart der Pfalz und Pfälzer. 18.50 Uhr: Die Wirtshaus in Giesh-Rohrbrunn nach dem Krieg. II. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Klassische Monologe. 21 Uhr: Orchesterkonzert. 22.30 Uhr: Heidericht. 23.30 Uhr: Sängerkonzert.

Sonntag, 4. Juni: 6 Uhr: Gymnastik. 7.30 Uhr: Frühkonzert. 10 Uhr: Frühkonzert. 12 Uhr: Mittagskonzert. 13 Uhr: Mittagskonzert. 16 Uhr: Unterhaltungskonzert. 17 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.25 Uhr: Charakter und Eigenart der Pfalz und Pfälzer. 18.50 Uhr: Die Wirtshaus in Giesh-Rohrbrunn nach dem Krieg. II. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 20.30 Uhr: Klassische Monologe. 21 Uhr: Orchesterkonzert. 22.30 Uhr: Heidericht. 23.30 Uhr: Sängerkonzert.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 25. Mai: Fritz Köhner, Kaufmann, ledig, alt 24 Jahre. Beerdigung am 28. Mai, 15 Uhr, Grünmühl, Karlsruhe. 26. Mai: Louise Koenig, Fabrikarbeiterin, ledig, alt 36 Jahre. Beerdigung am 28. Mai, 15 Uhr, Grünmühl, Karlsruhe. 27. Mai: Johann Neubauer, Metallarbeiter, Ehemann, alt 66 Jahre. Beerdigung am 28. Mai, 15 Uhr, Grünmühl, Karlsruhe. 28. Mai: Bruno Wittmann, Reichsbankobergehilfe, Ehemann, alt 59 Jahre. Beerdigung am 30. Mai, 17.30 Uhr, Grünmühl.

Auskünfte der Redaktion

H. A. Solfenstraße. Sie sind zur Erstattung der Beiträge verpflichtet.

Kuppenheim. Wir raten Ihnen, einen Antrag zu stellen. Ob er Erfolg hat, läßt sich nicht mit Bestimmtheit voraussagen.

J. A. Von einem solchen Antrag oder Beschluß ist uns nichts bekannt.

Welt. Die Frage ist sehr strittig und kann deshalb eine genaue Auskunft nicht gegeben werden. Es gibt ja viele Leute, die „Schwäger“ sind. Nach unseren Erfundungen dürfte es kaum eine Beleidigung sein.

M. S. Die Kündigung ist noch gültig, wenn sie am 15. eines Monats auf den nächstfolgenden Monat erfolgt.

Mietrecht. Der Hausbesitzer soll die betreffenden ordnungswidrigen Mieter einlagern, ein Erfolg dürfte für die ordnungsliebenden Mieter zu verschätzen sein. Zu a: Der Vertrag ist maßgebend. b: Wenn schon die Polizei eingegriffen hat, ist es doch sonderbar, daß eine Anzeige überlassen wurde. Benachrichtigen Sie noch einmal die Polizei über die Sache. Zu c: Wenn der Hauseigentümer bemerkt ist, die Zustände zu ändern, so können Sie sie nicht haftbar machen.

E. M. r. Sie müssen sofort den Hauseigentümer der Einreichungsbrief in Verzug setzen, die Wohnung desinfizieren zu lassen, damit Sie vor etwa späteren Unannehmlichkeiten geschützt sind. Die zweite Frage ist erst dann zu bejahen und damit Kündigung an den Hauseigentümer zu stellen, wenn derselbe Ihrer schriftlichen Aufforderung nicht nachkommt.

E. N., Durlach. 1. Die Krankenkasse ist dazu nicht verpflichtet. 2. Nein, denn es besteht für die Berufsgenossenschaft keine Verpflichtung dazu. 3. und 4.: Nein.

Aus aller Welt

Kraubüberfall auf einen Geldbriefträger

Frankfurt a. M., 27. Mai. Der Geldbriefträger Mohr erlitt heute vormittag auf einem Dienstauftrag von einem Mann vier Schüsse gegen den Kopf und wurde seiner Geldtasche beraubt. Auf die Täter des Überfalls ermittelte die Polizei. Die Verletzungen des Geldbriefträgers sind in schwerer Natur, daß sie einen operativen Eingriff notwendig machten. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Höllenmaschinenanschlag gegen „Georges Philipp“?

Paris, 27. Mai. Das Journal gibt eine Darstellung einer merkwürdigen Begebenheit wieder, wonach bei der Zollsuchung in Paris ein Säbel unter dem für den Dampfer „Georges Philipp“ bestimmten Gepäck eine Höllenmaschine gefunden worden sei. Das Blatt fügt hinzu, daß im Büro der Redakteur von einer solchen Entdeckung nichts bekannt sei.

Verhafteter Bankier

Gegen den Berliner Bankier Heinz Borghardt, Mitinhaber des Bankhauses „Samsmann und von Zimmermann“, wurde Haftbefehl erlassen. Borghardt wird der Depotunterschlagung beschuldigt.

Verurteilungen bei einer Oberamtsparafasse

Stuttgart, 27. Mai. (Eig. Meldung.) Bei der Oberamtsparafasse **Bahnhaus a. G.** (Württemberg) sind bei einer Revision durch den Stuttgarter Großenrat Unregelmäßigkeiten von erheblichem Umfang festgestellt worden. Man spricht von einem Fehlbetrag in Höhe von 500 000 bis 600 000 Mark. Infolge dieser Feststellungen wurde der Direktor Lohrer von der Parafasse entfernt und ins Untersuchungsgefängnis nach Heilbronn verbracht, während der Kassier Wiskul sich der Strafverfolgung schon am Montag selbst entziehen konnte. Beide haben bei Kreditverordnungen die Beweismittel weit überschritten und unangemessen mit Finanzmitteln gearbeitet. Zur Verhinderung dieser Tatbestände wurden die Parafassenkommissionen vorgenommen. Gegen den Vorsitzenden der Parafassenkommission, Landrat Bögel, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet, da er die ihm obliegende Dienstaufsicht nicht in der vorgeschriebenen Weise ausgeübt hat.

Europa-Kongreß 1932

Genève-Kongreß für den 24. bis 28. September ds. Js. internationalen Europa-Kongreß nach Basel einberufen.

Kleine badische Chronik

Heimkehr eines Kriegsgefangenen nach 16 Jahren?

KA. Berlin, 27. Mai. Wie die BZ. aus Endingen im Schwarzwald berichtet, hat der deutsche Generalkonsul in Neapel an den dortigen Bürgermeister gestern folgendes Telegramm geschickt: „Daubmann hier eingetroffen, Eltern benachrichtigen. Deutsches Generalkonsulat.“

Der Name Oskar Daubmann steht auf dem Gefallenenstandort des Städtischen Endingen

mit dem Bemerkung: Gefallen in der Somme-Schlacht, Januar 1916. — Als die Eltern des angeblich Gefallenen jetzt die Nachricht erhielten, daß ihr Sohn noch lebt, sind sie vor Freude zusammengebrochen, obwohl sie nicht ganz unvorbereitet auf die Tatsache waren, daß ihr Sohn noch lebe. Vor acht Jahren schon ist einmal in Endingen ein Telegramm an die Eltern gekommen, in dem nur die Worte standen: „Oskar lebt und ist in Afrika“. Jetzt ist das Telegramm des Neapeler Generalkonsulats, das man zuerst auch für eine Fälschung hielt, durch einen Brief bestätigt worden, der mit dem Poststempel „Palermo“ ebenfalls gestern bei den Eltern eingetroffen ist und die Handchrift des Sohnes trägt. Die Eltern haben die Schrift ihres totgeglaubten Sohnes sofort wiedererkannt. In diesem Brief schreibt Oskar Daubmann seinen Eltern, daß er nach einem Marsch von 5000 Kilometern in Palermo eingetroffen sei. Wo sich Daubmann 5000 Kilometer von Palermo entfernt eigentlich aufgehalten hat, weiß man noch nicht. Er schreibt in seinem Brief nur, daß er im Januar 1916 in der Somme-Schlacht schwer verwundet worden und in französische Gefangenschaft geraten sei. Nach seiner Heilung habe er einen Fluchtversuch unternommen und dabei einen Posten erschlagen. Darauf sei er zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Zur Verbüßung der Strafe sei er nach Afrika deportiert worden. Es sei ihm jetzt gelungen, nach dem 5000-Kilometer-Marsch die Küste zu erreichen und ein Schiff nach Palermo zu besteigen. Er liege am Sonnenlieber darnieder und könne darum noch keine näheren Mitteilungen über sein Schicksal machen. Die Eltern sollten seinen Taufnamen und den Geburtsort an den Konsul in Neapel schicken, wozu er sich zu begeben gedenke. Inzwischen ist Daubmann, wie das Telegramm des deutschen Konsuls beweist, in Neapel eingetroffen.

Am kommenden Sonntag findet der offizielle Empfang des zurückkehrenden Oskar Daubmann statt.

Falschmünzer im badischen Oberland verhaftet

BR. G. 27. Mai. Gestern nachmittag gelang es der Gendarmerie, zwei junge Burschen, die mit Motorrädern die Gegend absckreiften und in den einzelnen Orten des hinteren Oberrheins falsche 5-Mark-Scheine abzugeben versuchten, in einem Wald in Hohenbach festzunehmen. Wie aus dem Bericht der Verhafteten hervorging, haben die Burschen schon seit längerer Zeit in

Tiengen und Waldshut eine Falschmünzwerkstätte betrieben, so daß anzunehmen ist, daß schon eine größere Anzahl falscher Geldstücke in Umlauf gesetzt ist. Die beiden Burschen wurden ins Amtsgefängnis Schopfheim eingeliefert.

Todessturz mit dem Fahrrad

BR. 27. Mai. In der Schutter wurde heute früh die blutüberströmte Leiche des Makereimasters Alois Müller an hier gefunden. Müller war geschäftlich in Schutterwald gewesen und hat offenbar in der Dunkelheit den Weg verfehlt und ist mit seinem Fahrrad über die drei Meter hohe Böschung in das feine Schuttertal gestürzt. Er erlitt einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

BR. 27. Mai. Unglückliche Schwarzfahrt. Als am vergangenen Samstag nachmittag der hiesige Kunstseifenfabrikant Ludwig Müller sein Kleinfahrrad bei der Saalbachbrücke unter Aufsicht eines hiesigen Fuhrmanns stehen ließ, veripürte der vom Grabener Seagelmarkt zur Rad des Weges kommende Bahnwärterssohn Emil Hod aus Bruchsal Lust zu einer Probefahrt. Als er auf der Straße umgeben wollte, wurde er von einem unmittelbar folgenden Personenzug erfasst und mit samt seinem Kleinfahrrad überfahren und heftig gestäubert. Hod erlitt einen Beinbruch und wurde in das Bruchsaler Krankenhaus verbracht. Das Motorrad ist vollständig zertrümmert.

BR. 27. Mai. Ein Unfall, der leicht schwere Folgen hätte haben können, ereignete sich gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr in Gausbach. Als Träulein Hedwig Fischer von Bernersbach mit ihrem Fahrrad von Bernersbach kommend, den Ort Gausbach passierte, brangen ihr zwei Hunde, welche aneinander geraten waren, vors Rad. Dadurch wurde Träulein Fischer im Hagen vom Rad gemornt und verletzt. Es kann nicht genug zur Vorsicht vor Hunden gewarnt werden. Also, Radfahrer, aufpaßt!

BR. 27. Mai. Tagung der badischen Tierärztereine. Die 34. Landbestagung der badischen Tierärztereine wurde in der Nacht abgehalten. Der Verbandsbericht erstattete der Vorsitzende Oberstleutnant a. D. Wittich, Prof. Krumm-Hienburg hielt einen Vortrag über Vogelflecken, die er selbst demonstrierte. In der nicht öffentlichen Mitgliederversammlung wurden die Regularien erledigt. Verlangt wurde das Verbot des Verkaufs lebender Tiere in Warenhäusern, der Vogelhandel auf der Messe und ein allgemeines Schächtverbot.

BR. 27. Mai. 30 Jahre Bürgermeister. Auf eine 30-jährige Amtstätigkeit als Bürgermeister kann Landwirt Schmidt zurückblicken. Die Bürgermeister des Bezirks verarmten sich in Anwesenheit von Landrat Dr. Becker zu einer wohlverdienten Ehrung.

Sport

Fußballvorhau

- 35 Spielen am Sonntag:
1. Gruppe: Aue — Durlach, Gagelsfeld — Knielengen, Ullgen — Weiertheim.
 2. Gruppe: Spielberg — Mühlburg, Grünweidertsdorf — Hohenwettersbach, Ruppurr — Südstadt Offenbach.
 3. Gruppe: Bunsberg — Stein, Ellingen — Lomersheim, Ellingen — Rimsbach, Sulzfeld — Breiten.
 4. Gruppe: Niebelsheim — Weingarten, Bruchsal — Gaggenstein, Ruchheim — Wankensch, Hellingen — Untertrombach.
 5. Gruppe: Aterbach — Wisserdingen, Langenleinsbach — Müllbach, Weiler — Ottenhausen, Brödingen — Forzheim.
 6. Gruppe: Darlanden — F. Z. R., Forbach — Grämyntel, Busach — Forchheim, Mörich — Durrersheim.

Handball

In Busach findet vormittags 10 Uhr beginnend, der Zrammelball der Turnerinnen statt. Die Spiele, an denen sich Ruppurr, Rastatt, Weier, Gagelsfeld und Ellingen beteiligen, bringen die Entscheidung um den Bezirksmeistertitel. Der vorjährige Bezirksmeister Karlsruhe-Weier hat auch diesmal die besten Aussichten, da er die Vorrunde ohne Verlust an Punkten beendete hat.

Bei den Handballern steht der Werbeig in Stein im Mittelpunkt. Dort spielen um 2 Uhr Gausberg gegen Schopfurr Forzheim und anschließend F. Z. Forzheim — Weier. Busach hat zu seiner Hauswache die sehr spielfertigen Grottdauer verpflichtet, wodurch die Veranstaltung stark an Interesse gewinnen dürfte. Darlanden hat Ellingen mit 2 Mannschaften zu Gast. Das Spiel der zweiten Mannschaften um 2 Uhr wird terminmäßig als Wettkampfspiel ausgetragen. Das Vorspiel endete 0:0. Baden-Baden Schopfurr hat den Betrieb wieder aufgenommen und spielt in Eigenheim gegen den Reuling F. Z. Weier (14 Uhr). Schließlich spielt auch noch 2. Durlach auf eigenem Platz.

Die Jugend- und Schülerfeier fällt aus, ledialich das Schülerpiel Bergbaufen — Weierheim kann stattfinden.

Berichterstatterbericht von 6-7 Uhr, Tel. 6617.

Karlsruher Umgebung

Die lustige SA.

Die Geschichte wird erst jetzt ruhbar, weil man seitens der NSDAP Ortsgruppe B., das Kammerwerden dieser Geschichte zurückzuleiten verstand. Also die Sache hat sich folgendermaßen ausgetragen:

Man hat im SA-Heim die Gemeindegewalt gefeiert, sehr gründlich, mit Bier und sonstigem Geist. Das Heim befindet sich in einem Fabrikanten und der „SA-Führer“ ist der Sohn des früheren Bürgermeisters von B., in der Nähe von Durlach. Bei dieser Feier ist es hochlustig hergegangen, besonders gegen den Schluss. Da hat nämlich einer von den Nazi-Jünglingen die Frau eines Funktionärs zwecks Massenverführung mit in den naben Wald genommen. Durch dieses fittlich hohe Beispiel angeeuert, sind auch andere SA-Leute dazu übergegangen, mit den Frauen anderer den gleichen Weg einschlagen. Bis die Sache schließlich entdet wurde. Da hat es dann für die aus dem Wald Zurückkehrenden mächtig Dörfeln geregnet und die SA, antrat, soll ein Funktionär derselben, hohe germanische Sitte aufzuführen bekundend, gesagt haben, daß er mit solchen Leuten, die mit den Frauen anderer nachts in den Wald gingen, nichts zu tun haben wolle. Es soll dies, genau bingesehen, aber derselbe Funktionär sein, der, obwohl verheiratet, eines Tages telegraphisch aus Karlsruhe von seiner „Braut“ mitgeteilt erhielt, daß die Verlobungsfeierlichkeiten am nächsten Tage vor sich gehen könnten. Er hat nämlich verlesen, der „Braut“ in Karlsruhe zu sagen, daß er verheiratet sei. Das Verlobungstelegramm ist jedoch irrtümlicherweise, anstatt ihm, seiner Frau ausgehändigt worden. Da sind dann die „kleinen Zrungen“ herausgekommen. Wenn solches aber schon bei einem Funktionär der SA, vorkommt, dann kann er begrifflicherweise keinen Leuten nicht sumuten, daß sie selber „Lugend üben“. Jetzt, wo die Sache bekannt ist, läßt natürlich der ganze Ort über die so nahe verhängerte SA, in B. und über den tugendhaften Funktionär, dessen „Braut“ und deren Familie in Karlsruhe in der gleichen Zeit zum Verlobungsstaus rüfteten, in der der „Bräutigam“ in B. von seiner Frau und deren Familie „in Behandlung“ genommen wurde.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Bei stetig steigendem Luftdruck ist das Wetter jetzt um ein geringes besser geworden. Die Besserung ist aber noch nicht gesichert. Sie hängt von dem weiteren Verhalten einer noch über der Nordsee liegenden Tiefkernzone ab.

Weiterausichten für Sonntag, 29. Mai: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters. Etwas wärmer.

Wasserstand des Rheins

Basel 138, gef. 1; Waldshut 332, gef. 6; Schutterinsel 200, gef. 3; Rehl 340, gef. 3; Maxau 518, gef. 4; Mannheim 418, gef. 2 3/4m.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Oststadt — Frauenversammlung
Montag, 30. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Brennbarthof“, Durlacher Allee, ein Lichtbildvortrag des Genossen Viebricker über „Die Entwicklung des Deutschen Reiches“ und „Die berühmten Frauen der Welt“ statt. Genossinnen, Genossen und Volksgenossinnen sind herzlich willkommen. Nach der Versammlung findet eine wichtige Besprechung statt, wozu besonders die Besizerinnen der Besondere eineladen sind.

Bezirk Ruppurr
Am Mittwoch, 1. Juni, 20.15 Uhr, findet im „Zähringer Löwe“ eine Parteiversammlung statt. Nach den Vereinstätigkeiten bietet das Photobaus Gausle am Döndorfplatz einen Lichtbildvortrag „Schwarzwalddwanderung“. Gegen 18 Uhr herrliche Landschaften werden den hoffentlich zahlreichen Besuchern gezeigt.

Ruppurr
Arbeiter-Samariter. Die hiesigen Arbeiter-Samariter treffen sich Montag abend im Kindergarten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

1. Kameradschaft. Anreiten am Dienstag, den 31. Mai, abends 19 Uhr. Freie Turnerschaftplatz Vinkenheimer Allee. Sportboote mitbringen.

EISERNE FRONT

BR. 7 Darlanden
Samstag, 28. Mai, abends 7 Uhr, im „Karlsruher Hof“ Aufnahmefunktion. Kamerad Pfeifer kommt. Restliches Erscheinen wird erwartet.

Veranstaltungen

Samstag, den 28. Mai 1932:
Badisches Landesheiter: Die Drei Musikere. 20 Uhr.
Stadtagarten: Radmittagskonzert. 15 Uhr.
Badische Lichtspiele: Goethes Frühlingstraum. 17 und 20.30 Uhr.
Kammer-Lichtspiele: Kaiserin Elisabeth von Oesterreich. Der geführte Festball.

Sonntag, den 29. Mai 1932:
Badisches Landesheiter: Die Drei Musikere. 19.30 Uhr.
Festhalle: Deutscher Arbeiter-Länderbund: Festkonzert. 9.11 Uhr.
Stadtagarten: Konzerte: 11, 15.45 und 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Goethes Frühlingstraum. 15, 17.30 und 20.30 Uhr.
Kammer-Lichtspiele: Kaiserin Elisabeth von Oesterreich. Der geführte Festball.

Badische Lichtspiele: Berlin-Alexanderplatz. Beiprogramm.
Weiden-Lichtspiele: Es wird schon wieder besser. Beiprogramm.
Wöhring-Stadion: Westdeutsches-Schiffbauhand. 18 Uhr.
Busach: Freie Turner: Danksoche.

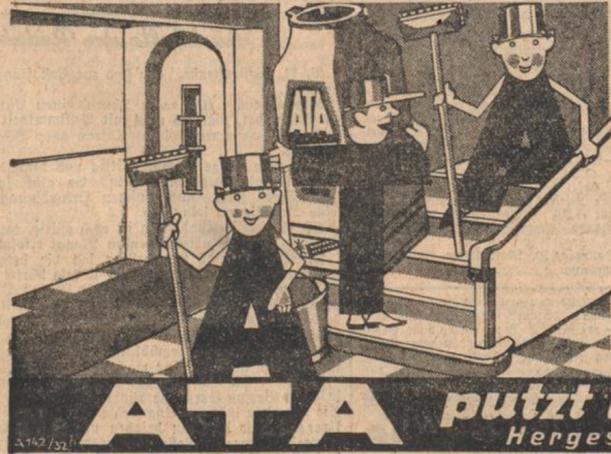
Badische Lichtspiele: Berlin-Alexanderplatz. Beiprogramm.
Weiden-Lichtspiele: Es wird schon wieder besser. Beiprogramm.
Wöhring-Stadion: D. S. D. Jugendtag. 15 Uhr. Propagandaabend.
Busach: Freie Turner: Danksoche.
Durlach: Kameradschaft: Eine tolle Brautnacht. 16 Uhr.

Jugendtag des Deutschen Fußballbundes. Währlich veranstaltet der D. F. B. in unser Karlsruher einen besonderen Jugendtag. Der Jugendtag soll ein ganz besonderes Programm zusammenstellen. In erster Linie will er natürlich die Tätigkeit seiner Jugend auf dem grünen Rasen vorführen. Während am 15 Uhr beginnen im Wöhring-Stadion die Fußballspiele der Jugendlicher unterer Karlsruher-Bereine. Im Anschluß daran gelangen Fußballspiele der Jugendlichen zum Austrag. Um 16 Uhr folgt dann ein Verlobungsfeier, zu dem die vier Bezirksvereine ihre besten zur Verfügung stellen haben. Es spielen eine Kombination: F. S. B. und F. S. B. gegen B. S. B. und W. S. B. Dieses Spiel, vor allen Dingen seine Bedeutung dürfte auf den Sportanhänger einen besonderen Reiz ausüben. In der gahstet entwickeln die Jugendlichen auf dem Haupttitel ein wertvolles Bild aus dem Trainings- und Spielbetrieb des Fußballers und man darf überhofft sein über die Reichhaltigkeit und Vielfältigkeit der Uebungsarten bei einer Trainingsstunde. Bei dem abends im großen Saal stattfindenden Unterhaltungsausschauen, dessen Programm ausschließlich durch Jugendliche zur Abwicklung gelangt, wird Gelegenheit geboten, auch das Können der Fußballjugend in anderer Hinsicht zu zeigen zu nehmen.

Vereinsanzeiger

BR. 4. Juni
BR. 6. Juni
Vergeltungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden gegen Zahlung eines besonderen Preises bereit.

Karlsruhe.
F. S. B. Heute abend Treffpunkt im Vereinshaus. 3000
Freier Schützenverein. Morgen, Sonntag, Bezirksfestliche
Knielengen. Abmarsch vormittags 9 Uhr auf unserem Schießstand.
Der Vorstand.
Naturfreunde. Morgen Sonntag halb 7 Uhr ab Bahnhoff nach
Barbarakelle-Reichenbach oder 7.28 Uhr ab Albtalbahnhof
Wuldenbach-Reichenbach.
Ruppurr. Arbeiter-Samariter. Montag, abends 8 Uhr
Jamentkunft im Kindergarten.



Wer sparsam ist, braucht ATA nur für Boden, Treppe, Wand und Flur!

Mit dem guten und doch so billigen Ata kommen Sie beim Putzen und Scheuern viel weiter, weil Ata durch seine Feinheit sehr ergiebig ist. Sie können mit Ata alles säubern! Holz, Glas, Metall oder Stein. Ata bezwingt jeden Schmutz, besitzt die meisten Vorzüge und kostet nur wenige Pfennige. Kein Wunder, daß Millionen Hausfrauen durch Ata sparen. Auch Sie sparen beim Scheuern und Putzen wie alle, die Henkel's Ata benutzen!

Auch für Aluminium bestens bewährt! Aluminium trocken putzen!

ATA putzt und reinigt alles

Hergestellt in den Persilwerken

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels

Welt und Wissen
Schon im Altertum hat das edle
Thema vor Ihren Tischen
Welt und Wissen
Schon im Altertum hat das edle
Thema vor Ihren Tischen



40 Jahre

Deutscher Arbeiter-Sängerbund Gau Baden

Zur Begrüßung

Von Fritz Töpfer

In schwerer wirtschaftlicher Zeit kommen die badischen Arbeiter-Sänger zu ihrer ersten Tagung in Badens Landeshauptstadt zusammen. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit lasten mit schwerem Druck auch auf dem Sänger, der noch treu und brav seine Singstunde besucht. Große Opfer werden von den wenig noch arbeitenden gebracht, auch viele Dirigenten begnügen sich mit wenig oder gar nichts um ihren lieb gewonnenen Verein über die Zeit hinwegzubringen in der Hoffnung, daß auch für die Gesangsvereine der Arbeit wieder bessere Tage kommen. Zur Ehre unserer Vereine darf aber gesagt werden, daß bis zur Stunde im badischen Heimatlande, trotz finanzieller Verpflichtung, alle dem Bund die Treue gehalten haben.

Mit der ersten Tagung ist auch ein würdiger Festaakt verknüpft, der dem Gedächtnis des vierzigjährigen Bestehens des im Jahre 1891 gegründeten Badischen Arbeiter-Sängerbundes gilt. Die Stadt, von der der Gedanke der Gründung ausging, darf auch das vierzigste Wiegenfest des Bundes begehen, haben doch von acht Gau-Sängereisen vier in Karlsruhe stattgefunden. Die Stadtverwaltung hat allerdings früher unsere Feste hier nicht gerne gesehen. Viele werden sich noch an das Fest 1913 erinnern, wo uns die Stadt die Fahnenstangen verweigerte und das Hoftheaterorchester nicht mitwirken durfte. Wir galten ja als Arbeiter-Sänger nicht als national. Allerdings konnten die meisten Stadtväter und ihre Oberhaupt, die eben auf die Winte vom Schloßplatz zu achten hatten, damals nicht ahnen, daß knapp ein Jahr später von 4104 Sängern und 2878 passiven Mitgliedern 2878 Sänger und 2232 passive Mitglieder ins Feld zogen, um als einfache Soldaten ihre Pflicht zu tun. 755 Sänger und 341 passive Mitglieder also 1100 unserer Genossen besiegelten ihre Treue zur Heimat mit dem Tode. Diese Zahlen sollten sich insbesondere die merten, die heute wieder das Volk in national und nicht national einteilen. Wir werden ihnen ein treues Gedächtnis immer bewahren, mögen sie auch von Heimkriegern als Deserteure beschimpft werden. Heute sind berartige Schikanen vorbei, Stadt und Staat nehmen freundlichen Anteil an unserem Feste.

Für unsere Sänger aber sei dieser Rückblick eine erste Mahnung auf dem Posten zu sein, damit die kulturellen Erbschaften der Arbeiterschaft nicht zu nichte gemacht werden. Die Arbeiter-Sängerbewegung weiß, daß sie ein Stück der modernen Arbeiterbewegung ist. Sie weiß, daß wir auf Gedeih und Verderb mit ihr verbunden sind.

Auf das was in den vierzig Jahren geleistet wurde dürfen Badens Arbeiter-Sänger stolz sein. Aus einer kleinen Vereinigung ist ein großer Bund von 200 Vereinen mit 10 000 aktiven und nahezu 15 000 passiven Mitgliedern geworden, der seit 1908 dem damals gegründeten Deutschen Arbeiter-Sängerbund angehört.

Unser Festkonzert wird zeigen was Solidarität, Opferinn und Zusammengehörigkeit auch in künstlerischer Beziehung zu leisten vermag. Im Liede wird der Arbeiter-Sänger die Kraft finden auch über die schwere der Zeit hinweg zu kommen, er wird in ihm weiter den Mut finden mit den anderen Organisationen der freien Arbeiterschaft weiter zu kämpfen für die Erreichung unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ideals — den Sozialismus.

Rückblick auf die Gründung

Von Wily. Bergmann

Als im Jahre 1890 nach zwölfjährigem Bestehen das Sozialistengesetz aufgehoben wurde, amtierte die gesamte deutsche Arbeiterschaft wie von einem schweren Alpdruck befreit, erleichtert auf.

Aber nicht nur auf politischem und gewerkschaftlichem, sondern auch auf geistlichem Gebiete wurde zu jener Zeit gearbeitet. In Karlsruhe ergrieffen einige Parteigenossen die Initiative, um dem freien Männergesang, welcher ja während des Sozialistengesetzes brach gelegt war, wieder die ihm gebührende Achtung zu verschaffen. Unter Leitung des am 16. März 1928 in Hamburg verstorbenen Genossen Andreas Rainbach wurde zu diesem Zweck am 1. Oktober 1890 der Gesangsverein Vorwärts in Karlsruhe gegründet.

Nachdem die Gründungsversuche überstanden und der Vorwärts festen Fuß gefaßt hatte, wurde in einer Verwaltungssitzung am 27. Mai 1891 die Gründung

eines Arbeiter-Sängerbundes durch den damaligen Vorsitzenden Genossen Seufert zur Sprache gebracht. Das Referat hielt Genosse Rainbach.

Der heute noch als 75-Jähriger in Berlin lebende Genosse Bruno Seufert befürchtete in längeren Ausführungen, daß der neuzugründende Arbeiter-Sängerbund doch bald nach seiner Gründung politisch aufgelöst würde und daß für ein, daß von der Gründung vorerst noch Abstand genommen wird. Dieser nabeliegenden Befürchtung wurde der Antrag Rainbach auf Gründung eines Arbeiter-Sängerbundes angenommen, denn die Verwaltung war sich schon bewußt, daß sie als einziger Arbeiter-Sängerbund nicht die Macht gegen alle die reaktionären Anstalten jener Zeit erfolgreich anzukämpfen. Und erstieg der Gesangsverein Vorwärts am 29. Mai 1891 im Offenburger Volkshaus und in der Mannheimer Volkshaus folgenden Aufsatz:

„Meinigen Gesangsvereine des badischen Landes, welche sich für die Gründung eines Arbeiter-Sängerbundes interessieren, werden hiermit ersucht, ihre wertvolle Adresse beim Gesangsverein Vorwärts in Karlsruhe beifügen, nähere Mitteilungen abzugeben.“

Auf dieses Ausschreiben meldeten sich 14 Vereine, wovon 9 in Baden, 3 in Elsaß und 2 in der Pfalz ansässig waren. Auf Grund dieses Ergebnisses wurde die Gründungskonferenz am 15. November 1891 nach Baden in Karlsruhe einberufen und tagte dort im „Brauereigäßchen“. Die Vorbereitungen übernahm Genosse Theodor Lutz-Baden-Baden, der in ganz Süddeutschland unter dem Namen „Der rote Apotheker“ bekannt war.

Die auf dieser Konferenz anwesenden Delegierten beschloßen nun einmütig die Gründung eines Arbeiter-Sängerbundes und es schloßen sich dem Bund folgende Vereine an: Vorwärts Karlsruhe, Männergesangsverein Schwetzingen, Mannheim, Arbeiter-Sängerbund Mannheim, Arbeiterbund Lahr, Union Baden, Freiheit Pforzheim und Männergesangsverein Neudorf, während die anderen dort vertretenen Vereine ihren Anschluß baldigt in Aussicht stellten.

Anregung der pfälzischen Delegierten erhielt der neugewählte Bund den Namen Arbeiter-Sängerbund für Baden und die Pfalz. Diese Beschlüsse wurden gewiß, um für den Bund ein mögliches großes Agitationsfeld zu schaffen. Als Vorort wurde Karlsruhe bestimmt und in das Bundespräsidium Andreas Rainbach als 1. Vorsitzender, Johann Seufert als Kassier und Robert Pfeiffer als Schriftführer gewählt.

Als erstes feste nun die Agitation für den badisch-pfälzischen Arbeiter-Sängerbund ein und sehr rasch entwickelte sich das junge Glied der modernen Arbeiterbewegung zu einem achtunggebendsten Faktor, so daß schon nach wenigen Jahren die Pfalz einen eigenen Sängerbund gründen konnte. Beide Bünde, sowohl badische wie der pfälzische, schloßen sich dann dem im Jahre 1908 gegründeten „Deutschen Arbeiter-Sängerbund“ als Gauen an. Hiermit waren die deutschen Arbeiter-Sänger zu einem leistungsfähigen Ganzen vereinigt.

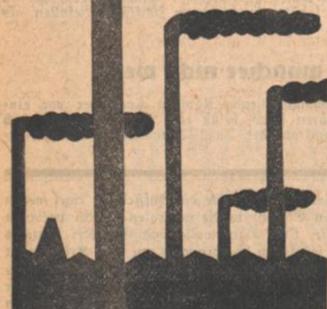
Zugewandte Schwierigkeiten und viele Hindernisse waren von jedem Verein ja von jedem einzelnen Mitglied, zu überwinden bis dieses große Werk vollbracht war das Sozialistengesetz außer Kraft gesetzt, aber das damals bestehende Verbot und Verfallungsgesetz bot Handhaben genug, um Arbeiter-Vereine das Leben bitter schwer zu machen. Im Verein mit dem Spielbürgertum weiterferteten die städtischen und staatlichen Behörden einander den Aufstieg der Arbeitervereine durch unzählige Schikanen zu hemmen.

Die Vereine in den Städten mußten namentliche Verzeichnisse ihrer Mitglieder beim Bezirksamt hinterlegen und die Zus- und Abgänge fortlaufend dort melden. Dem Zweck, warum dies verlangt wurde, verpöbelte Schreiber dieses am eigenen Leibe. Als ich im Jahre 1892 zur Ableistung meiner Militärdienstpflicht in Kaschau eingezogen wurde, war ich sehr erlauth als mich der „Spieß“ schon nächsten Morgen in dem weltbekannten preussischen Selbstbelohn anbaute. Waren Mitglieder im Vorwärts? Also ein Roter? Schlagen sie sich diese Frage aus dem Kopf. Urlaub auf Karlsruhe bekommen Sie so schnell nicht. Die Vereinsfahnen gefielen unserer Obrigkeit auch nicht, weil sie zu sehen waren, den Lehrern war es strikte verboten, einen unserer Vereine zu dirigieren, Schülern vom ehemaligen „Hoftheater“ konnten wir keine verpöbeln, ihnen das Singen und Musizieren bei uns unterjagt war und jeder Verein nur seinen Saal zur Abhaltung unserer Gesangsproben überließ, beim Generalkommando für sein ganzes Lokal Militärverbot.

Aber trotz, oder besser gesagt, gerade wegen dieser Unbilligkeit, welche die Arbeiter damals gegen uns führten, wurde der Kampfsinn unserer Mitglieder gehärtet, das Zusammengehörigkeitsgefühl ermaachte und der Kampf unserer Vereine schritt rüstig weiter.

Wenn man in Betracht zieht, daß der ehemalige Badische Arbeiter-Sängerbund heute Gau Baden, im ersten Jahre seiner Gründung 11 Vereine mit 420 Sängern und 605 passiven Mitgliedern zählte und im Jahre 1931, also 40 Jahre nach der Gründung, auf 200 Vereine mit 10 578 Sängern und 17 244 passiven Mitgliedern angewachsen ist, darf man wohl sagen, daß die von unseren „Athen“ ausgehende Saat auf einen guten und fruchtbaren Boden gefallen ist.

Ich schreibe meinen Rückblick mit dem Wunsche, daß das 40. Jubiläum im Markstein in der Weiterentwicklung des Gaus sein möge und daß wir alle an allen Unbilden der heutigen Zeit die deutsche Arbeiter-Sängerbewegung nur schämen, sondern bestrebt sind, dieselbe im Sinne unserer Gründer auszubauen.



Fest-Programm

Am Sonntag, den 29. Mai 1932, vormittags 11 Uhr im großen Saal der „Städt. Festhalle“ Karlsruhe

Mitwirkende: Solisten: Kammer-Sänger Wilhelm Krentwig (Tenor) vom Badischen Landestheater, Kammer-Sänger Franz Schuster (Bass-Bariton) vom Badischen Landestheater, Konzertorganist Wilhelm Krauß (Orgel) von der Badischen Hochschule für Musik
Chöre: Arbeiter-Sängerkorps Karlsruhe (Dirigent Kapellmeister Dr. Heinz Knoll), Sängerbund Vorwärts Karlsruhe (Dirigent Kapellmeister Dr. Heinz Knoll), Gesangsverein Kaszalla Karlsruhe (Dirigent Musikdirektor August Ruhn), Volkssingakademie Karlsruhe (Dirigent Kapellmeister Dr. Heinz Knoll)
Orchester: Das Orchester des Badischen Landestheaters Karlsruhe

Vortragsfolge

1. Ouvertüre: Leonore Nr. 3, Werk 72a, Beethoven
Das Landestheaterorchester; Dirigent: Generalmusikdirektor Josef Reipke
2. Männerchöre: a) Brüder, zur Sonne Russ. Volksgesang
Bearbeitung von Hermann Eschen
b) Tord Solofon Uthmann
Arbeiter-Sängerkorps Karlsruhe
3. Männerchöre mit Orchester:
Chorbearbeitungen von S. Malton; Orchesterbearbeitung von Dr. Heinz Knoll

4. Männerchöre:
a) Die drei Röslein Fr. Eilcher
b) Ralte Schloze (mit Orchester) J. L. Suman
Gesangsverein Kaszalla Karlsruhe
5. Ansprachen
Fritz Töpfer, Stadtrat und Gauvorsitzender; Emil Mater, Minister d. J., stellv. Staatspräsident; Dr. Jul. Hinter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Karlsruhe

6. Aus der Kantate „Befreiung“, Werk 80 . . . K. Rabn
für Tenor solo, gemischten Chor, Orchester und Orgel
IV. Teil: Nicht alle sind tot, die begraben sind
V Teil: Aufbruch
Volkssingakademie Karlsruhe
7. Aus „Die Meisterfänger von Nürnberg“ . . . Wagner
a) Vorspiel zum 3. Akt (Orchester allein)
b) 3. Akt: Festwache
1. Szene vom Beginn des Aufzuges der Meisterfänger
(Lehrbuden, alles Volk, Hans Sachs)
2. Schlussszene (Hans Sachs, alles Volk)
Chöre: Volkssingakademie und Sängerbund Vorwärts, Karlsruhe

Zum Festprogramm.

Es bedeutet einen Fortschritt im Leben der Arbeiter-Sängervereinigungen, daß sie in immer stärkerem Ausmaß ihre Feste gemeinschaftlich feiern. Sie geben damit ihrer sozialistischen Weltanschauung Ausdruck, die die Dezentralisation in kleineren Chorgruppen nicht in Vereinvereinigungen ausarten läßt, sondern zu desto intensiverer Arbeit benutz. Das letzte Ziel ist immer die Gemeinschaft. Die großen Sängertreffen sind keine Sängertreffen im häuslichem Sinne mehr, kein Ringen um äußere Zeichen der Anerkennung, um goldene Potale, Lorbeerkränze und papierene Ehrenurkunden. Der gemeinsame Wille, Schöpfer einer neuen Gesellschaftsordnung zu sein, bildet die Basis, auf der nicht nur jeder Verein, sondern jeder Sänger seine beste Kraft einsetzt. Diese Gemeinsamkeit ist letzten Endes der Grund, warum diese Massenchöre so gewaltig auf die Massenbewegung wirken. Sie sind gleichsam ein Glaubensbekenntnis, dessen religiöse Weihe durch die Kunst veredelt und von Sängerschaft und Zuhörern gleich intensiv empfunden wird. Man verlangt von Arbeiterchören viel mehr als von bürgerlichen Liebvertaseln. Nicht die Technik und die Kunst des Vortrags soll hier allein der Sänger Glück machen. Die innerliche Hingabe, die aus ihren Chören klingen muß, die heilige Begeisterung, die sich auf die Zuhörer überträgt, soll die Herzen höher heben und den Glauben in jedem einzelnen befestigen, daß er berufen ist, Mitgestalter einer neuen Zeit zu sein. Folgerichtig sind die Arbeiterchöre dazu übergegangen auch die Frau an dieser Aufbaubarbeit teilnehmen zu lassen. Doppeltes wurde dadurch erreicht. Die auf die Dauer monoton wirkenden Männerchöre bekamen durch die Frauenstimmen eine neue neue Verblüffung. Die Frau aber wurde aus

ihrer Vereinzelung herausgerissen und zu gemeinsamer produktiver Kulturleistung herangezogen. Am Festakt zum vierzigjährigen Geburtstag des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes nehmen die großen hiesigen Arbeiterchöre vornehmlich teil. Die drei Sparten, die die Aufgaben des Sängerbundes zusammenfassen, sind im Programm vertreten: Volkstheater, Kunstchor, und Tendenzchor. Die Vortragsfolge beginnt mit der dritten Leonore Ouvertüre, in der die Freiheitshymnen aus der Hölle-Oper zusammenschmelzen sind. Keine Ouvertüre ist von ihrem Werke so leicht loszulösen und als selbständiges Gefüge darzustellen wie dieser Freiheitshymnen. Die stark Beethoven, der Massenbewerber, von dem Leonore erfüllt war, lassen die verdichteten Bearbeitungen dieser Ouvertüre erkennen. Unter ihnen ist die dritte die in sich geschlossenen, sie wird darum am häufigsten in Konzerten aufgeführt. Die ihr auf dem Programm folgenden Chöre: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, „Tord Solofon“, die russischen Volklieder und die Kantate „Befreiung“ sind aus der großen Sammlung des Arbeiter-Sängerbundes entnommen. Wir sind stolz, daß wir auf eine so wertvolle Sammlung zurückgreifen können, die die besten Tendenzchöre enthält und ein glänzendes Gegenstück zu der bekannten Kaiserfestsammlung ist. Das Spätwerk des Mannheimer Komponisten Rabn „Befreiung“ ist schon einmal von der Volkssingakademie aufgeführt worden. Es birgt reichlich viel musikalisch harte Dornen und ist mit seiner optimistischen Grundtendenz besonders geeignet von Arbeiterchören interpretiert zu werden. Das in seiner schlichten äußeren Aufmachung geschmackvolle Programm schließt mit der großen, feiner Vollständigkeit wegen beliebten Schlussszene aus den Meisterfängern.

Karl Start

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1759 Engl. Staatsm. W. Pitt d. J. — 1779 Engl. Dichter Thomas Moore. — 1813 Letzte Hinrichtung durch Feuer in Preußen. — 1871 Ende der Pariser Kommune. Beginn der Nachembeleien. — 1895 Erlass: Ausschluß sozialdemokratischer Refruten aus der Garde. — 1928 Soc. Oscar Ged. Mannheim.

28. Mai.
1453 Eroberung Konstantinopels durch Türken. — 1613 „Türingische Sintflut“. — 1809 Historiker Johann v. Müller. — 1833 Kriminallist A. v. Feuerbach. — 1842 Soc. Wilhelm Braide. — 1862 Engl. Kulturhistoriker S. Th. Dadie. — 1880 Philolog Oswald Spengler. — 1885 Dichter Alfred Weibner.

zum Konzert

des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes

Wir weisen auf das heute veröffentlichte Festprogramm. Karten zum Konzert sind an der Kasse ab 10.15 Uhr in der Festhalle zu haben.

Die Tagung beginnt Samstag nachmittags 4 Uhr im kleinen Festhallsaal. Zutritt für Zuhörer mit Mitgliedsbuch eines Bundesvereins gestattet.

Stadtgartenfest: Sonntag nachmittags 3.30 Uhr. Eintritt Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. (einschließlich Konzertaufschlag). Eintrittskarte in der Festhalle und nachmittags 3 Uhr an der Kasse, Eingang beim Bierordtbad (Mitgliedsbuch oder Bundesabzeichen mitbringen). Außer dem Philharmonischen Orchester wirken noch Bundesvereine mit (Männer- und Gemischte Chöre).

21. Deutscher Feuerwehrtag in Karlsruhe

Für den 21. Deutschen Feuerwehrtag in Karlsruhe vom 5. bis 8. August hat der Festauswahler unter mehreren künstlerischen Entwürfen ein Reklamemotiv ausgewählt, das die Silhouette der Stadt Karlsruhe mit den drei charakteristischen Türmen darstellt. Ueber sie breitet sich das Profil eines Feuerwehrmannes, womit gleichsam die Idee des treuen Schutzes durch die Feuerwehr in stilisierter Form veranschaulicht ist. Man wird dieses Gemälde bald überall im Reich als Wahrzeichen des 21. Deutschen Feuerwehrtages in Karlsruhe antreffen. Die Vorarbeiten für die Tagung sind schon soweit gediehen, daß die Verstellung der in einer großen Kantine erscheinenden Tagungsdrift, welche die Zeiteinteilung, den Katalog für die mit dem Feuerwehrtag verbundene Ausstellungen und mehrere aktuelle Beiträge über das Feuerwehr- und Rettungsweesen sowie über den Tagungsort selbst enthalten wird, im Auftrag gegeben werden konnte. In dem Festzug am Sonntag, den 7. August, an welchem sich Feuerwehreinheiten aus dem ganzen Bundesgebiet des Feuerwehrverbandes beteiligen werden, sind u. a. auch Gruppen mit historischen Feuerwehrgeräten geplant, so daß der Zug nicht nur ein Befehnis aus Geist der Hilfsbereitschaft abgibt, sondern auch ein historisches Gedächtnis erhalten wird. In diesen Tagen werden auch die Einladungen mit den einzelnen Fragebogen und Befragten an alle Wehren — größtenteils durch Vermittlung der Landes- und Provinzialverbände — versandt.

Frauenversammlung

Am 18. Mai sprach Genossin Fischer, M. d. L. über „Probleme der Frauenbewegung und Arbeitsdienst“. Vom Mütterrecht ausgehend schilderte sie, wie langsam die Entwicklung der Frauenbewegung vor sich gegangen ist. Frauenarbeit wurde minimal bemerkt, und es gab schwere Kämpfe um die Frauenberufe und höher um das Frauenstudium. Erst als die sozialdemokratischen Frauen sich organisiert hatten, ging es mit der Frauenbewegung vorwärts, die vor allem auch durch Bebel stark gefördert wurde. Die formale Gleichberechtigung von Mann und Frau erfolgte erst nach dem Weltkrieg, nach dem Umsturz von 1918. Die SPD forderte für beide Geschlechter gleiche Bezahlung bei gleicher Leistung. Gleiche Leistung war schon durch die ungleiche Erziehung der Geschlechter nicht in allen Berufen möglich. Auch heute noch besteht die Auffassung, daß nur den Töchtern eine vollständige Ausbildung zukomme. Dadurch werden die Mädchen stark benachteiligt. Die heutige Lage ist durch die veränderte Wirtschaftslage keine höhere Unternehmungskraft mehr. Die in Arbeit lebende Frau hat heute unter der Rationalisierung, Mechanisierung und Automatisierung besonders zu leiden. Durch die Ueberbeanspruchung der Produktion tritt auch eine Ueberbeanspruchung der Arbeitskraft ein. Der wirkliche Sinn der Rationalisierung war an sich Erleichterung der Arbeit; dieser ursprüngliche Sinn ist aber in sein Gegenteil verkehrt worden, und statt der Verbesserung ist eine Verschlechterung der Lage der Arbeitnehmer eingetreten, ganz zu schweigen von den durch die Rationalisierung bewirkten Arbeiterentlassungen. Seit einiger Zeit ist das Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes aufgetaucht. Württemberg und Preußen haben den freiwilligen Arbeitsdienst bereits im vergangenen Jahre eingeführt, bei uns setzen sich schon wesentliche Anläufe. Ueber dieses Problem wird demnächst der hiesige Parteiverein noch Stellung nehmen. Wir sozialdemokratischen Frauen haben Verständnis für freiwilligen Arbeitsdienst, Arbeitsdienstpflicht aber lehnen sie unbedingt ab. In das Referat schloß sich eine rege Diskussion an, die erst gegen elf Uhr ihr Ende fand. Genossin Müller, die erste Vorsitzende der Frauengruppe, dankte Genossin Fischer herzlich für die sehr lehrreichen Ausführungen. In Anbetracht dieser aktuellen Fragen hätte die Frauenversammlung bedeutend besser bedacht sein müssen.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

Ein 38 Jahre alter Fabrikarbeiter aus Durlach wollte gestern nachmittags in der Nähe des Wasserwerks Durlach die Hauptstraße überqueren; offenbar achtete er nicht auf einen des Weges kommenden Kraftwagen, so daß er von diesem erfaßt und eine kurze Strecke geschleift wurde. Dem Verletzten, der einen Oberarmverbruch erlitten hatte, wurde durch einen hinzukommenden Arzt die erste Hilfe zuteil. Er fand Aufnahme im Städtischen Krankenhaus Durlach.

Diebstahl

In der Nähe von Rintheim wurde eine Gartenhütte erbrochen und daraus 6 Stallhfen im Wert von etwa 40 Mark entnommen.

Körperverletzung

Ein Körperverletzung wurde gestern von seinem Bekehrmeister, einem Arbeiter in der Südstadt, mit einem Beutentisch derart mißhandelt, daß er einen Rippenbruch erlitt und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

(:) Erdbeben. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten Donnerstag nachmittags ein starkes Erdbeben. Die Wellen der ersten Welle erreichten um 17.28.38 Uhr die Stationen der ersten Welle bei Station. Wesen 19.15 Uhr kamen die Wellen wieder zur Ruhe. Nach den vorläufigen Berechnungen betrug die Verdichtungsrichtung ca. 2600 Kilometer.

Karlsruhes Etat 1932

Die Voranschläge der Stadt Karlsruhe in den letzten Jahren liegen bereits bei jeder Position die Not der Zeit erkennen, denn Abstriche an den einzelnen Ausgabenposten waren an der Tagesordnung. Aber immerhin war es bisher noch jedes Jahr möglich, den Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

Das Jahr 1932 macht nun eine Ausnahme, denn der Voranschlag für das laufende Jahr konnte bis jetzt nicht ausbalanciert werden, die Ausgaben erweisen sich höher als die Einnahmen. Eine endgültige Lösung ist auch deshalb schon nicht möglich, weil wahrscheinlich die neue Notverordnung verschiedene Entlastungen, was von großem Einfluß auf die Finanzgebarung der Gemeinden sein dürfte. Die Stadtverwaltung ist also noch nicht in der Lage, einen definitiven Voranschlag ins Stadtrat haben, wie wir erfahren, noch nicht stattfinden können. Man muß also noch abwarten, bis die neue Notverordnung bekannt wird.

Nach Lage der Dinge, wie sie heute liegen, ist also der Voranschlag 1932 noch nicht ausgeglichen.

Ueber 1 Million Mark sind ungedeckt

und dabei ist die Umlage- und Steuerkränkung bis aufs Äußerste angepaßt. Die Umlageföhen sollen auf den Landesdurchschnitt erhöht werden, denn Karlsruhe hatte bisher von allen größeren hiesigen Gemeinden die höchste Umlageföhe. Die Umlageföhe, die man die Umlage der ganzen Jahre her nicht erhöhte, dafür aber die hiesigen Werte höher als anderwärts zur Finanzierung des Etats heranzog. Jetzt aber, wo die städtischen Werte einen großen Einbußeertrag zu verzeichnen haben, hat diese Art der Finanzgebarung Schiffbruch gelitten, und man muß eben wieder, wie dies früher schon der Fall war, zu einer Umlageerhöhung schreiten. Gegen diese Art städtischer Haushaltspolitik hat sich die Sozialdemokratie oft gemandt; denn sie brachte noch den weiteren Nachteil mit sich, daß dadurch die Zuwendungen zu den Erneuerungsfonds der einzelnen Betriebe immer spärlicher wurden, was sich schließlich eines Tages rächen wird. Die städtischen Werte sind also nicht mehr in dem Maße die mekende Kuh, für die Stadtfinanzen, wie sie es bisher waren. Eine Umlageerhöhung wird also unermesslich sein, trotzdem sie auch gewiß schwere Nachteile mit sich bringen wird.

Der Grund, warum der Etat noch nicht ausgeglichen werden konnte, liegt in recht

Bedeutenden Verschlechterungen,

denen die Ausgabenminderungen nicht in der gleichen Höhe gegenübersteuern. Vor allem ist es die Wohlfahrtspflege, die ganz naturgemäß große Mehrausgaben verursacht. So stieg der Zuschuß der Stadt für Wohlfahrtspflege von circa 6 Millionen auf über 8 Millionen Mark. Auch der Leberbeitrag belastet die Stadt recht empfindlich, denn über 300 000 M. mußten dafür im Voranschlag eingelegt werden. Neben diesen neuen und außerordentlich großen Belastungen sind es aber die Einnahmeverminderungen, welche ihren unangenehmen Einfluß auf den Etat ausüben. Die Miet- bzw. Pachtentnahmen aus Grundstücken sind um über 100 000 M. zurückgegangen. Die Einnahmen aus den Betrieben um circa 3 Millionen Mark. Zu all diesem kommt der

Rückgang der Einnahmen aus den Steuern mit über 2 Millionen. Man rechnet mit etwa 9 Millionen Mark an Verschlechterungen insgesamt.

Gewiß war es auch möglich, die

Ausgaben zu senken.

Da sind es vor allem die Einsparungen an Gehältern und Löhnen, denen allein etwa 1,7 Millionen Mark auf Gehälter entfallen und auf die Löhne 1,2 Millionen. Auch der Aufwand für Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung ist um ein beträchtliches zurückgegangen, desgleichen die Einparungen für Sozialversicherungsbeiträge. Für das Badische Landes-theater wird ebenfalls ein niedriger Zuschuß eingelegt, etwa 170 000 M., was hauptsächlich auf das Konto der Gegenfinanzierung entfällt. Auch die Hochschule für Musik muß sich mit einem reduzierten Zuschuß begnügen.

Die Ermäßigung der Zinsföhen hat auch einen Rückgang des Aufwands für Schulzinsen gebracht. An Schulden konnte die Stadt im letzten Jahre über eine Million abbeden, wodurch gleichzeitig eine Reduzierung der Zinsschulden erreicht wurde. Auch auf anderen Gebieten, wo es auch nur einherumgehen ging, wurden Einsparungen erzielt.

Den Verschlechterungen stehen auch Erhöhungen der Einnahmen gegenüber. So rechnet man mit einer Fortdauer der Bezahlung der Zuschüsse des Reiches für Arbeitslosenfürsorge und die im vorigen Jahre durch den Oberbürgermeister eingeföhrte 10prozentige Getränkesteuer läßt eine Einnahme von über 250 000 Mark erwarten. Man glaubt mit insgesamt 6 Millionen Mark Verschönerungen rechnen zu dürfen, denen allerdings Verschlechterungen von etwa 9 Millionen Mark gegenüberstehen, so daß die Ausgaben die Einnahmen um rund 3 Millionen Mark überwiegen. Einen Ausgleich will man schaffen erstens durch die Forterhebung der dreifachen Bürgersteuer mit etwa 900 000 M. und zweitens mit der schon erwähnten Erhöhung der Umlageföhen auf den Landesdurchschnitt. Aber trotz Forterhebung der Bürgersteuer und trotz Erhöhung der Umlage föhen bleiben noch

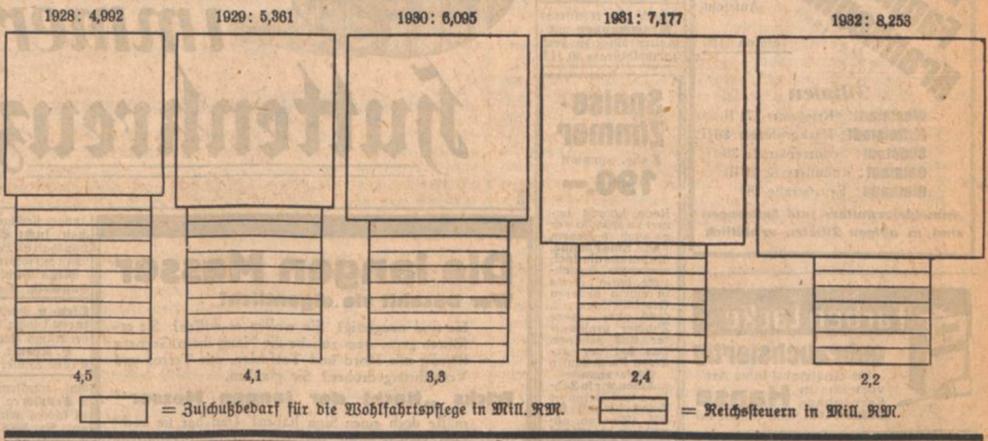
über 1 Million ungedeckt.

Wie dieser Betrag aufgebracht werden soll, liegt noch völlig im Dunkeln.

Wie man also sieht, fällt es der Stadt ungemein schwer, ihren Verpflichtungen im laufenden Jahre nachzukommen. Es wäre jedoch verfehlt, angesichts dieser Sachlage die Vermögensverhältnisse als ungesund zu bezeichnen, denn nach wie vor sind dieselben als sehr geordnet zu bezeichnen.

Rückgang der Reichs-Uberweisungssteuern — Vermehrte Belastung für Wohlfahrtspflege

Nachstehende graphische Darstellung veranschaulicht recht eindeutig, wie die Ueberweisungssteuern des Reiches an die Stadtgemeinde Karlsruhe von Jahr zu Jahr zurückgegangen sind und über auf der anderen Seite die Ausgaben für Wohlfahrtskosten von Jahr zu Jahr eine Steigerung erfahren haben. Diese Darstellung zeigt so eindringlich, wie die durch die große Arbeitslosigkeit verursachten Fürsorgeaufwendungen die Städte belasten ohne vom Reich oder vom Staat die so nötige ausgleichende finanzielle Hilfe zu erhalten.



(:) Hundesteuer. Am 1. Juni ds. Js. beginnt für die Hundesteuer ein neues Steuerjahr, das am 31. Mai 1933 endet. Wie uns mitgeteilt wurde, hat das Städt. Steueramt den schon bisher in Karlsruhe zur Hundesteuer Veranlagten Forderungssatzel zugestellt, mit dem Erzuhen um Rückgabe, sofern etwa kein Hund mehr gehalten werden sollte. Durch Zahlung des anerkannten Steuerbeitrages — bis spätestens 15. Juni ds. Js. — erübrigt sich aber weiteres, es bleibt also insbesondere die Anmeldung des Hundes erspart. Hierin liegt vornehmlich die beachtliche Schonung der Steuerpflichtigen, zumal in früheren Jahren viele Hundebesitzer wegen — meist verfehlter — unterlassener Anmeldung bestraft werden mußten. Jetzt sind nur noch diejenigen Hunde beim Städt. Steueramt, Föhrungsstraße Nr. 100, anzumelden, für welche bisher vom berechtigten Besitzer in Karlsruhe noch keine Steuer entrichtet worden ist. Auf die heutige Bekanntmachung des Herrn Oberbürgermeisters wird hingewiesen.

(:) Der Sonntag im Stadtgarten. Hat der Wetternot ein Einsehen, so finden am kommenden Sonntag im Stadtgarten folgende Konzertveranstaltungen statt: Von 11 bis 12.15 Uhr ein Vokalensemble, das von der beliebten städtischen Schülerkapelle unter Leitung des Herrn Hauptlehrers M. Greulich ausgeführt wird. Mit Rücksicht auf eine um die gleiche Zeit in der Festhalle stattfindende Veranstaltung wird dieses Morgenkonzert ausnahmsweise nach dem Tiergarten, vor das Schwarzwaldbauhaus, verlegt. Am Nachmittag, von 15.30 bis 18 Uhr, findet dann aus Anlaß der in Karlsruhe stattfindenden Tagung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Gau Baden, ein Festkonzert statt, das vom Philharmonischen Orchester (Leitung: Rudolf Kurt Gub) unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Helweik“ Darlanden, „Brüderbund“ Mühlburg, „Sarmontic“ Groß-Karlsruhe und der „Vogelweib“ Mühlburg, „Sarmontic“ Groß-Karlsruhe und der „Vogelweib“ Mühlburg, bestritten wird. Von 20 bis 22.30 Uhr findet dann noch ein Abendkonzert durch das Philharmonische Orchester statt. Wer

den Sonntag also gerucham und bei hervorragenden musikalischen Darbietungen verbringen will, sei auf diese Konzerte besonders hingewiesen.

(:) Wiedereröffnung der Rheinfahrten ab Nordbaden Rheinhausen. Die bei der Karlsruher Bevölkerung so beliebten Rheinfahrten beginnen wieder am Samstag, dem 28. Mai, nachmittags 3 Uhr (15 Uhr) mit einer Nachmittagsfahrt durch den Rheinhausen stromaufwärts in Richtung Lauterburg und stromabwärts bis zur Marauer Schiffbrücke. Am Sonntag, dem 29. Mai, finden nachmittags zwei Fahrten statt und zwar eine von 1/3 bis 1/5 Uhr, die zweite von 5-7 Uhr. Die Fahrten werden ausgeführt von dem Motorschiff „Enderle von Reith“.

Clubspielhäuser

Badische Tischspiele

Als Fortsetzung der Goethefestspielewoche setzen die Badischen Tischspiele ab Freitag als Renaissancereue den großen Goethefestspielen. Die Zugabe ist die „Eier“. Es sollte niemand den Film ungeschoren vorbeigehen lassen, da er in ungeschätzter Weise den Zuschauer unterwirft in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, also in Goethes Jugendzeit, verlegt, in der er Friederike von Selenheim liebt. Am Freitag, im Mai, lernte er sie kennen, als das Mädchen auf der Feinde Wäpfe. Die vielen folgenden Bilder des Konflikts setzen neben humorvollen Gestalten, die ganz eigen charakterisiert sind, viele Studenten, wie auch den tiefen Ernst, der in der Liebe Friederikes und Wolfgangs hervorragt lag. Herr und Frau von Goethe sind treffend gezeichnet. Auch sie sind es, die die Liebe wieder untergraben. Schmerserfüllt trennen sich beide, ohne sich die Hoffnung auf ein Wiedersehen zurückzulassen. Nach 8 Jahren endlich kehrt Goethe gelegentlich auf einer Reise nach Selenheim zurück und trifft gerade Friederike auf einer Bank, tieferunken in die Ferne schauend. „Es ist so schön, daß du noch einmal zu mir gekommen bist, Wolfgang, daß ich dir noch sagen konnte, wie alles kam.“ Reden ihr fallen die herbitlichen Wäpfe.

